

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Tito25. Juni 1974¹

Dolmetscheraufzeichnung über das Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Präsident Tito vom 25. Juni 1974 von 11.00 bis 12.15 Uhr.

Der *Bundeskanzler* beginnt vereinbarungsgemäß mit einer umfassenden Analyse der Weltwirtschaftslage. Er erklärt, nach seinem Eindruck befänden wir uns möglicherweise schon mitten in einer Weltwirtschaftskrise. Anders als 1932 handele es sich jetzt nicht um eine Deflationskrise, sondern um eine durch Preisinflation ausgelöste Krise. Es sei viel zuviel Geld gedruckt worden. Die USA hätten einmal in einem Jahr 30 Milliarden Dollar mehr im Ausland ausgegeben, als ihnen aus dem Ausland zugeflossen sei. Vor allem bei Öl und Rohstoffen seien exorbitante Preissteigerungen zu verzeichnen. Sie betrügen in den letzten zwölf Monaten knapp zwölf Prozent. Dies habe schlimme Konsequenzen für fast alle Länder. Dabei seien drei große Gruppen zu unterscheiden:

- 1) Die ölproduzierenden Länder hätten eine bevorzugte Position erlangt. Sie hätten keine Probleme mit Ausnahme der Frage, wo sie ihr Geld anlegen sollten. Diese Fragen wüßten jedenfalls weder Saudi-Arabien noch der Irak noch Libyen zu lösen. Der Schah und Boumedienne wüßten das dagegen sehr wohl.
- 2) Eine zweite Gruppe bildeten die ölverbrauchenden Industrieländer. Besonders schwer getroffen sei Japan, aber auch die USA, England, Italien und Frankreich litten in größerem oder geringerem Maße unter den Folgen der Ölpreissteigerung. Erstmals seit dem Kriege gebe es jetzt in der überwiegenden Mehrzahl der Industrieländer keine Reallohnsteigerungen für die Arbeiterschaft mehr. Noch hätten Gewerkschaften und Regierungen dies nicht vollständig begriffen. Es werde aber auch 1975 und 1976 insgesamt gesehen keine Reallohnsteigerung möglich sein. Holland und die Bundesrepublik Deutschland seien in etwas glücklicherer Lage. Ihre Nettoreallöhne würden noch ein wenig steigen, bei vielen anderen würden sie aber sogar absinken. Produktivitätszuwachs werde durch die Erhöhung der Rohstoffpreise überkompensiert. Diese Entwicklung werde den Industrieländern schwerste innere Probleme bescheren, deren Auswirkungen sich vorläufig schwer abschätzen ließen.
- 3) Die dritte Gruppe bildeten die Entwicklungsländer, soweit sie nicht über ins Gewicht fallende Rohstoffvorkommen verfügten. Sie seien schon jetzt schwer geschädigt und ihre wirtschaftliche Entwicklung drohe zum Stillstand zu kommen.

Die Folge sei, daß die beiden letzten Gruppen ihre Einfuhren drosseln müßten und demgemäß an die Exportländer weniger Aufträge vergeben könnten. Auch die Bundesrepublik Deutschland werde weniger Aufträge erhalten. In einem zweiten Akt werde diese Inflationskrise also zu Beschäftigungsrückgang und

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Loeck gefertigt.

Arbeitslosigkeit und somit letztlich zu den gleichen Auswirkungen führen wie eine Deflationskrise. Dies werde man vielleicht für eine gewisse Zeit noch durch eine Politik des deficit spending, d. h. durch künstliche Stimulierung, hinauszögern können. Aber dann würden schließlich die deflationistischen Wirkungen noch schlimmer.

In dieser Lage komme es darauf an, möglichst alle Handelsrestriktionen zu vermeiden. Im Fall Italien sei dies nicht möglich gewesen.² Die Bundesrepublik Deutschland werde sich ihrerseits von allen derartigen Schritten fernhalten. Wir appellierten an alle, die Inflation in ihren Ländern zurückzudrängen. Wir müßten aber auch alle zu diesem Ziel etwas nach außen hin unternehmen. Gewiß hätten die Ölländer gute Gründe für ihre Preiserhöhungen. Es müßte ihnen aber gesagt werden, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen könnten. Es sei unmöglich, daß sie z. B. Indien in eine Zahlungsbilanzkrise trieben und von uns erwarteten, daß wir Indien Entwicklungshilfe leisteten. Einige Ölländer hätten dies verstanden. So versuche der Schah, Indien zu helfen. Andere Ölländer hätten mit Hilfe der Weltbank zahlungsbilanzschwache Entwicklungsländer unterstützt.³ Auch die Sowjetunion und der RGW seien in Mitleidenschaft gezogen. Relativ am wenigsten betroffen seien jedoch die USA und die SU. Ihre Macht würde daher noch mehr wachsen.

Der Bundeskanzler bemerkt, er habe Angst, seine eben gegebene Beurteilung der Lage in der Öffentlichkeit wiederzugeben, weil dies zusätzlich Sorge verbreiten würde. Er selbst habe aber vor dieser Entwicklung Angst. Der Prozeß der Ausbreitung des nationalen Egoismus bereite ihm große Sorge. Er bitte den Präsidenten, seinen ganzen Einfluß bei den arabischen Staaten dahin geltend zu machen, daß sie die Erdölproblematik nicht länger nur unter dem Aspekt betrachteten, wieviel sie verdienen könnten, sondern die Konsequenzen berücksichtigten, die aus diesen Preiserhöhungen folgten.

Der *Präsident* stellt die Frage, was denn die ölproduzierenden Länder mit dem vielen Geld anfangen sollten, das sie einnehmen. Sollten sie Investitionen in den Industrieländern vornehmen oder das Geld auf Banken einzahlen oder Entwicklungshilfe geben?

Der *Bundeskanzler* erläutert hierzu, daß es drei Wege zu einer Lösung gebe:

- 1) Kreditgewährung an Defizitländer, wobei Entwicklungsländern ein niedrigerer Zinssatz berechnet werden müsse.
- 2) Ein Teil der Gewinne könne bei den Banken in London, Zürich und Luxemburg eingelegt werden. Dabei gebe es allerdings eine Gefahr. Die Araber gäben das Geld kurzfristig, die Euro-Banken machten daraus aber mittelfristige und langfristige Kredite.

² Zu den Einfuhrbeschränkungen in Italien vgl. Dok. 157, Anm. 8.

³ Am 6. Mai 1974 gab der Direktor des IWF, Witteveen, in Detroit bekannt, daß mehrere erdölproduzierende Staaten zugesagt hätten, zur Finanzierung der speziellen Erdölfazilität des IWF Beträge in Höhe von 2,3 Mrd. Sonderziehungsrechten (SZR) – etwa 2,7 Mrd. Dollar – bereitzustellen. So hätten Saudi-Arabien 1 Mrd. SZR und der Iran 600 Mio. SZR offeriert; weitere 700 Mio. SZR seien von nicht näher genannten Staaten angekündigt worden. Aus dem Fonds konnten die Staaten, deren Zahlungsbilanzdefizite wegen der Erhöhungen der Erdölpreise besonders groß waren, Finanzierungshilfen mit einer Laufzeit von höchstens sieben Jahren erhalten. Vgl. dazu den Artikel „Anfangserfolg für den Erdölfonds des IMF“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 9. Mai 1974, S. 13.

3) In Industrieprojekte investieren. Es sei vorläufig noch schwer, unserer Industrie klarzumachen, daß wir den Arabern den Erwerb von Aktienpaketen erlauben müßten. Eines Tages würden die Araber Shareholders in New York, London und Paris werden.

Die Araber hätten aber auch zu lernen, daß sie Geld in Entwicklungsländer investieren müßten und sich dabei keine Gewinne erwarten dürften.

Der *Präsident* erklärt, auch Jugoslawien versuche, in industrielle Entwicklungsprojekte zu investieren. Dies begegne allerdings Schwierigkeiten, da es leider in Jugoslawien eine besonders hohe Inflationsrate gebe. Offenbar gebe es auch in Jugoslawien Leute, die glaubten, daß der Export um so leichter werde, je stärker die Inflation sei. Er wisse, daß das falsch sei. Die vom Bundeskanzler gegebene Analyse der weltwirtschaftlichen Lage sei für ihn außerordentlich aufschlußreich. Der Bundeskanzler habe sehr gesunde wirtschaftliche und finanzielle Standpunkte. Auch er, Präsident Tito, sei sehr besorgt. Es gebe eine Reihe von Elementen, die auf eine weitere Verschlechterung der Lage hindeuteten. Die gegenwärtige monetäre Krise bringe Italien und andere Länder mit dem Anwachsen der Inflation in eine immer schlechtere Lage. Viele negative Entwicklungen könne man auf bilateraler Ebene auffangen. Die Europäische Gemeinschaft sei aber ein in sich abgeschlossener Markt. Sie leide unter vielen Schwierigkeiten. Auch Jugoslawien werde durch den Abschließungseffekt des Gemeinsamen Marktes beeinträchtigt. Italien habe lange Zeit die erste Stelle als Abnehmer jugoslawischer Waren eingenommen. Es habe sich jedoch als sehr instabil erwiesen. Der über Nacht verfügte Einfuhrstopp für Rindfleisch habe Jugoslawien schwer geschädigt.⁴ 70 000 t Fleisch, die für den Export nach Italien vorbereitet gewesen seien, habe man für die nationale Lagerhaltung aufkaufen müssen, um die Rindfleischproduktion nicht zum Stillstand zu bringen. Jugoslawien habe das Vertrauen in Italien verloren und werde sich umorientieren müssen. Die Araber würden sein Fleisch kaufen; auch die Russen brauchten Fleisch. Für Europa sei es aber keineswegs nützlich, wenn sich die Handelspolitik so plötzlich verlagern müsse. Aber vielleicht sei dies für den vom Bundeskanzler dargestellten Zusammenhang nicht so wichtig.

Der *Bundeskanzler* erwidert, daß diese Vorgänge im Gegenteil sehr wichtig seien. Die Schwierigkeiten, die Italien sowohl Jugoslawien als auch den Mitgliedstaaten der EG bereite, seien ein Vorgeschmack auf die weltweite Krise.

Der *Präsident* äußert, die USA hätten, wie der Bundeskanzler bereits angedeutet habe, erheblich zur Ausweitung der inflationären Entwicklung beigetragen. Jetzt sei es wichtig, wie die Großmächte sich miteinander arrangierten. Er sei sehr zufrieden darüber, daß „Europa sich gegenüber den amerikanischen Ansprüchen und Vorstellungen stärker organisiert habe“. Es gebe aber Risse in diesem Gebäude, wie z. B. Italien. In Europa müsse weniger nationaler Egoismus herrschen. Es müsse eine geschlossenere Haltung gegenüber den akuten Wirtschaftsproblemen gefunden werden. Dies werde auf den Grad der politischen Stabilität positiv zurückwirken. Er verstehe den Sinn des Atlantischen

⁴ Am 21. Februar 1974 erließ die EG-Kommission eine Verordnung, wonach die Einfuhr von lebenden Tieren und von Rindfleisch eine Einfuhrlizenz erforderte, die nur nach Hinterlegung einer Kaution erteilt werden sollte. Gleichzeitig wurden Frankreich und Italien ermächtigt, bis zum 24. März 1974 ein Einfuhrverbot für Rindfleisch zu verhängen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG, 2/1974, S. 61.

Bündnisses wie auch des Warschauer Paktes. Europa bleibe aber Europa. Es dürfe sich gegenüber den Großmächten nicht inferior gebärden und müsse seine Eigenständigkeit bewahren. Aufgrund seiner Leistungen in Wissenschaft und Technik verdiene es, in der Welt an führender Stelle zu bleiben.

An dieser Stelle fügte der Präsident ein, er habe den hohen Grad der wirtschaftlichen Entwicklung Europas besonders hier in der Bundesrepublik Deutschland bestätigt gefunden. Er habe hier schon in dieser kurzen Zeit sehr viel gesehen und gelernt. Das sei eine ganz andere Sache, als über Deutschland zu lesen. Er bedanke sich schon jetzt für die Gelegenheit, diese Eindrücke zu sammeln.

Der *Bundeskanzler* erwidert: „Sie werden übermorgen mit mir Hamburg, meine Heimatstadt, besuchen und werden dort gewiß besonders gute Gelegenheit haben, den wirtschaftlich-technischen Entwicklungsstand unseres Landes kennenzulernen.“⁵

Der *Präsident* erwidert, daß er sich auf den Besuch freue. Er wisse, in welchem Maße die Bundesrepublik Deutschland in Industrie und Export führend sei und daß sie von anderen Ländern nicht so leicht in den Schatten gedrängt werden könne.

Bei der Entwicklung der jugoslawisch-deutschen bilateralen Beziehungen müsse man langfristig denken; mindestens auf zehn Jahre hinaus, möglichst in noch längeren Fristen. Heute könne man manches noch leichter erreichen als in zehn Jahren. Er habe ein sehr klares Bild, wie Jugoslawien in zehn Jahren aussehen würde und was zur Verwirklichung dieses Bildes getan werden müsse. Ein klares Ziel sei auch für unsere bilateralen Beziehungen wichtig. Den jugoslawischen Geschäftsleuten und Technikern falle die Zusammenarbeit mit den Deutschen leicht, da sie hierzu von jeher einen großen Hang gehabt hätten. Es liege in unserem gemeinsamen Interesse, aber auch im Interesse der arabischen Länder, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Mittelmeerregion anwesend sei. Jugoslawien könne sich nicht damit einverstanden erklären, daß nur die beiden Großmächte dieses Recht für sich in Anspruch nähmen. Um aber politisch präsent zu sein, bedürfe es auch der wirtschaftlichen Präsenz.

Der *Bundeskanzler* entgegnet, er möchte alles unterstützen, was der Präsident über die Rolle Europas als Ganzes gesagt habe. Zu Europa gehöre aber der ganze Kontinent einschließlich Osteuropas. Dieser alte Kontinent müsse seine wirtschaftliche, politische und kulturelle Rolle langfristig behaupten. Deshalb sei die Behebung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Westeuropa von großer Bedeutung. Dies werde dadurch erleichtert werden, daß die neue französische Regierung⁶ weniger national-egoistisch und europäischer denke. Frankreich komme eine große Rolle zu. Präsident Giscard d'Estaing sei außerordentlich realistisch und pragmatisch.

⁵ Im Rahmen seines Aufenthalts in Hamburg am 27. Juni 1974 unternahm Staatspräsident Tito eine Hafenrundfahrt und trug sich in das Goldene Buch der Stadt ein.

⁶ Nach den Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten am 5. und 19. Mai 1974, aus denen Valéry Giscard d'Estaing als Sieger hervorging, wurde am 28. Mai 1974 eine neue Regierung unter Ministerpräsident Chirac gebildet.

Der *Präsident* äußert, man könne also darauf vertrauen, daß nicht mehr das Wort gelte „La France – renaissance“.

Der *Bundeskanzler* lenkt das Gespräch auf das deutsch-jugoslawische bilaterale Verhältnis zurück und schließt sich der Auffassung Präsident Titos an, daß es auf längere Sicht nützlicher sei, deutsche Investitionen in Jugoslawien zu fördern, als jugoslawische Arbeiter für die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland anzuwerben. Die Industrie sei aber frei in ihren Beschlüssen; die Bundesregierung könne nur versuchen, in entsprechendem Sinn auf sie Einfluß zu nehmen. Dies werde geschehen. Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, es wäre unredlich, wenn er dem Präsidenten seine Enttäuschung in bezug auf die Vergabe des Projektes Atomkraftwerk Krško⁷ verhehlen würde. Vielleicht müsse man in derartigen Fällen künftig früher zu einem offenen Gespräch gelangen, um rechtzeitig Klarheit zu schaffen.

Der *Präsident* äußert sein Verständnis. Auch nach seiner Überzeugung sei man bei der Vergabe des Projektes zu leger vorgegangen. Man habe ihm in Jugoslawien immer gesagt, daß angereichertes Uran nur in den USA erhältlich sei. Vielleicht werde sich dies ja aber schon bald ändern.

Der *Bundeskanzler* bestätigt, daß sich dies bald ändern werde, und unterstreicht, daß wir unser erstes Atomkraftwerk im Ausland lieber nicht in der Sowjetunion⁸, sondern in Jugoslawien gebaut hätten.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß für die Person Präsident Titos und Jugoslawien vor allem innerhalb der SPD, darüber hinaus aber bei der ganzen deutschen Bevölkerung, große Sympathien herrschten. Das hänge auch mit der großen Leistung der jugoslawischen Gastarbeiter zusammen. Der Gewerkschaftsvorsitzende Vetter habe ihm noch vor einer Stunde gesagt, daß die deutschen Arbeiter ihre jugoslawischen Kollegen besonders schätzten. Die menschliche Begegnung und die Fluktuation hunderttausender von Menschen zwischen unseren beiden Ländern seien für unsere Beziehungen von überragender Bedeutung. Dies alles zusammen habe mehr erreicht, als die Politiker durch ihre persönlichen Bemühungen hätten erreichen können. Dies müsse man auf deutscher und jugoslawischer Seite gemeinsam ins öffentliche Bewußtsein bringen.

Der *Präsident* erwidert, dies sei ganz zutreffend. Und wenn Jugoslawien sich auf eine solches gemeinsames Unternehmen einlasse, dann überlege es auch ganz genau, mit wem. Es sei ihm absolut nicht gleichgültig, wer in Deutschland an der Regierung sei. Eine Bundesregierung, in der die SPD federführend sei, werde in Jugoslawien immer die größte Unterstützung und Bereitschaft zu engster Zusammenarbeit finden.

⁷ Die jugoslawische Regierung plante den Bau eines Kernkraftwerks bei Krško, dessen Ausschreibung im März 1971 erfolgte. Um den Auftrag bewarben sich die Kraftwerk Union AG (KWU), Erlangen, zusammen mit der italienischen Fiat S.p.A., Turin, ferner die amerikanischen Unternehmen General Electric sowie Westinghouse. Am 28. November 1973 erhielt die Firma Westinghouse den Auftrag zur Errichtung des Kernkraftwerks. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 586 des Legationsrats I. Klasse Disdorn, Belgrad, vom 30. November 1973; Referat 400, Bd. 112239.

⁸ Zur Lieferung von Kernkraftwerken in die UdSSR bzw. der Lieferung von Strom in die Bundesrepublik vgl. Dok. 185, Anm. 11 und 20.

Der *Bundeskanzler* fragt nach der sowjetischen Europapolitik und den inneren Machtverhältnissen der SU.

Der *Präsident* erwidert, die SU wünsche tatsächlich die Herstellung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa. Hierzu solle die KSZE dienen. Es könne natürlich nicht alles akzeptiert werden, was die SU fordere. In Genf werde aber um viele Dinge unnötigerweise gerungen, die man leicht tun könnte. Als Beispiel nannte der Präsident die Problematik der Veränderbarkeit der Grenzen. Er wisse, daß die Bundesrepublik Deutschland gegen eine starre Unveränderlichkeit sei. „Wenn es aber den Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR gelänge, ihre Beziehungen zueinander auf längere Sicht freundschaftlich zu gestalten, würde keine Gefahr bestehen, daß die deutsche Nation sich nicht eines Tages doch vereinigen könne, und zwar ohne Rücksicht auf das, was jetzt in Genf formuliert werde.“ Augenblicklich sei die Anerkennung der Grenzen nötig, um den Wiederbeginn des Kalten Krieges zu verhindern. Er glaube, daß ein Abkommen über die Stabilisierung in Europa unbedingt erforderlich sei, und er wisse, daß auch die SU dies wolle. Hiervon hänge Breschnews innenpolitisches Schicksal ab. Sehr viele Russen erstrebten mit ihm gemeinsam diese Stabilisierung. Jugoslawien habe eingehende Erfahrungen mit der SU. Es liege an einer sehr empfindlichen geographischen Stelle in Europa. Er habe Breschnew gesagt, daß eine jugoslawisch-sowjetische Zusammenarbeit nur auf der Grundlage der vollen und ungeschmälernten Erhaltung des jugoslawischen Unabhängigkeitsstatus möglich sei. Dies habe Breschnew anerkannt. Für Jugoslawien gelte das Sprichwort „Uns kann so leicht keiner durstig übers Wasser führen.“ Jugoslawien sehe viele praktische Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SU. Manches, was im Westen nicht absetzbar sei, könne man in die SU exportieren. Die Jugoslawen wüßten aber, daß sie stets ihre Augen offenhalten müßten; ihnen seien die sowjetischen Wünsche sehr genau bekannt. Eines seien aber die Wunschvorstellungen und ein anderes die Realität.

Der *Bundeskanzler* wirft ein: „Sie sind auf diesem Gebiet wirklich Fachmann.“

Der *Präsident* fährt fort mit dem Hinweis, Jugoslawien habe der SU keine Basen eingeräumt. Es erlaube die Reparaturen ausländischer Kriegsschiffe, weil ihm dies wirtschaftlichen Nutzen bringe. Die Erlaubnis gelte aber für alle. Es sei allerdings anzunehmen, daß die USA von der Reparaturmöglichkeit keinen Gebrauch machen wollten, um nicht militärische Geheimnisse preiszugeben.

Der *Bundeskanzler* wendet sich erneut der KSZE zu. Der Präsident habe mit Recht gesagt, daß in Genf auch über manche unwichtigen Probleme zuviel gestritten werde. Er werde versuchen, daß diesen Problemen eine geringere Rolle zugewiesen werde. Der Präsident habe aber ein Element genannt, das für die deutsche Politik nicht von scheinbarer, sondern von wirklicher Bedeutung sei. Die Verträge von Moskau und Warschau hätten die Unverletzlichkeit der Grenzen verbrieft.⁹ Hinter diese Verträge würden wir keinesfalls zurückgehen. Wir

⁹ Vgl. dazu Artikel 2 und 3 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; Dok. 10, Anm. 11.

In Artikel I des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen wurde ausgeführt: „1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die beste-

wollten aber auch nicht, daß in Genf einem Deutschen verboten werde, über die Frage einer friedlichen Veränderung der Grenzen nachzudenken und sich hierzu zu äußern. Die friedliche Veränderung der Grenzen müsse offenbleiben. Deshalb wollten wir nicht, daß eine Vereinbarung getroffen werde, die später so ausgelegt werden könnte, daß jemand, der über Wiedervereinigung spreche, zum Aggressor erklärt werden könne. Er stelle folgende Frage: Breschnew erstrebe doch eine Beendigung der KSZE durch ein Treffen auf höchster Ebene. Wenn man über gemeinsame Formulierungen einig werde, werde es zu diesem Treffen kommen. Dies werde auch für Breschnews Position günstige Auswirkungen haben. Unsere westlichen Verbündeten hätten sich noch keine abschließende Meinung über das von der SU erstrebte Gipfeltreffen gebildet. Welche Ansicht vertrete der Präsident?

Der *Präsident* antwortet, es würde ein großer Schaden angerichtet, wenn die KSZE mit „Null“ enden würde, da dies die Gefahr für einen neuen Kalten Krieg mit sich bringe. Jugoslawien sei sehr an einer Garantie des Status quo der Grenzen interessiert. Es habe sehr viele Grenzen. Besondere Schwierigkeiten bereite das Grenzproblem mit Italien. Das Londoner Abkommen habe dieses Problem definitiv gelöst.¹⁰ Für Jugoslawien gebe es keine Zone B. Man könne über Korrekturen, nicht jedoch über Grenzveränderungen reden. Die italienische Regierung habe der jugoslawischen eine ungeschickte Note überreicht, in der die italienische Souveränität über die Zone B beansprucht werde.¹¹ Dies

Fortsetzung Fußnote von Seite 826

hende Grenzlinie, deren Verlauf in Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. 2) Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität. 3) Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362.

¹⁰ Im Mai 1945 besetzten jugoslawische Verbände des Marschalls Tito sowie britische Truppen die damalige italienische Provinz Venezia Giulia. Mit dem Belgrader Abkommen vom 9. Juni 1945 wurde das Gebiet vorübergehend in zwei Besatzungszonen geteilt. Die westliche Zone einschließlich Triest wurde unter amerikanisch-britische Militärverwaltung gestellt, während die östliche Zone unter jugoslawische Verwaltung kam. Für den Wortlaut des Abkommens zwischen Großbritannien, den USA und Jugoslawien vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 12/2 (1945), S. 1050.

In den Artikeln 21 und 22 des Friedensvertrags vom 10. Februar 1947 mit Italien war die Errichtung eines entmilitarisierten und neutralen Freistaats Triest vorgesehen, dessen Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit durch den UNO-Sicherheitsrat gewährleistet werden sollte. Vgl. dazu UNTS, Bd. 49, S. 16–18.

Da sich weder die ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats noch Italien und Jugoslawien auf einen Gouverneur für den Freistaat Triest verständigen konnten, blieb Triest unter amerikanisch-britischer Militärverwaltung. In der Vereinbarung vom 5. Oktober 1954 („Londoner Abkommen“) einigten sich Großbritannien, Italien, Jugoslawien und die USA darauf, die Militärregierung zu beenden. Großbritannien und die USA zogen sich aus der Zone A zurück und übergaben ihre Verwaltung der italienischen Regierung; Zone B blieb unter jugoslawischer Verwaltung. Der Grenzverlauf zwischen den Zonen A und B wurde etwas nördlich der früheren Trennungslinie verschoben. Italien verpflichtete sich ferner, den Freihafen Triest aufrechtzuerhalten. Vgl. dazu UNTS, Bd. 235, S. 100–119.

¹¹ Zum Notenwechsel zwischen Italien und Jugoslawien über Triest informierte Referat 214 am 2. Mai 1974: „Im März d. J. ist es zu einer Krise im italienisch-jugoslawischen Verhältnis wegen der ehemaligen Zone ‚B‘ in Triest gekommen. Anlaß war die Aufstellung neuer Grenzschilder durch die jugoslawischen Behörden, was allerdings an allen jugoslawischen Grenzen geschehen sein soll. Italien antwortete mit einer Protestnote, wonach die jugoslawische Souveränität niemals auf die Zone ‚B‘ erstreckt worden sei. Kurz darauf wurde der jugoslawische Botschafter in Rom vom italienischen Außenministerium gebeten, diese Note als nicht existent anzusehen. Als die jugoslawische Regierung um schriftliche Bestätigung dieser Revozierung bat, antwortete die italienische Regie-

sei von jugoslawischer Seite entschieden zurückgewiesen worden. Italien habe auch nirgendwo Unterstützung für seine Ansprüche gefunden. Unglücklicherweise seien zur selben Zeit im Adriagebiet NATO-Manöver abgehalten worden.¹² Daher habe Jugoslawien seinerseits Manöver anberaumen müssen. Diese Schwierigkeiten seien jetzt vorüber. Er verstehe, daß die italienische Regierung ihre Note nicht zurückziehen könne, und wolle die Lage anderweitig bereinigen. Man müsse aber auch verstehen, daß Jugoslawien nicht mehr dasselbe Land wie früher sei. Hierfür dürfe es keine Spekulationen geben. Es sei sinnlos, zugrunde zu richten, was man in zwanzig Jahren erreicht habe: Die jugoslawisch-italienische Grenze sei die offenste in Europa geworden und werde jährlich von vielen Millionen Menschen überquert.

Auch mit Österreich habe Jugoslawien Probleme, weil es sich in der Minderheitenfrage nicht an den Staatsvertrag¹³ halte. Die Schwierigkeiten seien aber nicht zu groß. Jetzt sei Kirchschräger Präsident geworden.¹⁴ Man werde sehen, wie sich mit ihm zusammenarbeiten lasse.

Während man mit Griechenland keine Probleme habe, bestünden die größten Schwierigkeiten im Verhältnis zu Bulgarien. Die Bulgaren wollten die in ihrem Lande lebende mazedonische nationale Minderheit nicht als solche anerkennen, während in Jugoslawien alle Nationalitäten über volle Rechte verfügten. Die jugoslawische Seite habe keine territorialen Forderungen und betrachte nationale Minderheiten als eine nützliche Brücke zu anderen Völkern, sofern der Status der Minderheiten entsprechend geregelt sei.

Zu Rumänien unterhalte man gute Beziehungen, obwohl die Rumänen über Minderheitenfragen nicht mit sich reden ließen. Außer zwei Millionen Ungarn gebe es in Rumänien auch eine große serbische Minderheit. Man arbeite mit

Fortsetzung Fußnote von Seite 827

rung statt dessen mit einer zweiten Note, in der erneut der jugoslawische Souveränitätsanspruch abgelehnt wird. Die jugoslawische Regierung reagierte in sehr scharfer Form. Es setzte eine so heftige Pressekampagne gegen Italien ein, wie sie Jugoslawien seit 1954 nicht mehr erlebt hatte. Sie klang erst ab, als Tito sich in einer Rede in Sarajevo am 15.4.1974 mäßigend zu diesem Problem äußerte.“ Vgl. Referat 203, Bd. 110230.

¹² Anfang April 1974 fanden in Nordost-Italien und im Raum von Triest italienisch-amerikanische Manöver statt. Dazu stellte das italienische Außenministerium am 3. April 1974 fest, „daß die in Frage stehende interalliierte Übung – an der italienische und amerikanische Einheiten teilnehmen – im Rahmen des jährlichen Ausbildungsprogramms der NATO stattfindet. Sie sei vor zwei Jahren von den italienischen und alliierten Stellen zur normalen Ausbildung vorgesehen worden, die einige Spezialeinheiten der NATO-Länder alljährlich im Frühjahr erhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 565 des Gesandten Steg, Rom, vom 4. April 1974; Referat 203, Bd. 110230.

¹³ Artikel 7 des Vertrags vom 15. Mai 1955 betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (Österreichischer Staatsvertrag) regelte die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark. Sie umfaßten den Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen. In den entsprechenden Verwaltungs- und Gerichtsbezirken war die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zuzulassen. Ferner sollten in diesen Bezirken „die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch“ verfaßt werden. Schließlich sollte die „Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen“, verboten werden. Vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 727.

¹⁴ Am 23. Juni 1974 wurde Rudolf Kirchschräger als Nachfolger des am 24. April 1974 verstorbenen Franz Jonas zum Bundespräsidenten der Republik Österreich gewählt.

Rumänien, das der Präsident demnächst wieder besuchen werde¹⁵, eng zusammen. Das gemeinsame Wasserkraftwerk in Djerdap liefere jedem Land jährlich 11 Millionen KWh.

Mit Ungarn unterhalte man außerordentlich gute Beziehungen. Dort seien die Minderheitenprobleme sehr befriedigend geregelt.

Zu Albanien bestünden wirtschaftliche Beziehungen. Die Albaner schimpften immer auf die Jugoslawen und stützten sich auf China. Die jugoslawische Seite antworte den Albanern nicht. Sie wolle mit allen Ländern eine gute Zusammenarbeit herstellen. Der Präsident nannte hierbei auch die DDR und Polen.

Der *Bundeskanzler* fragt nach dem Verhältnis zur ČSSR.

Der *Präsident* erwidert, daß sich die Beziehungen sehr gut entwickelt hätten. Hierzu habe der Besuch Husáks erheblich beigetragen.¹⁶ Husák habe große innere Schwierigkeiten gehabt, habe jetzt aber die Entwicklung fest in der Hand. Jetzt kämen auch wieder mehr Tschechoslowaken als Touristen nach Jugoslawien. Allerdings würden die Touristen von Staats wegen vorsichtig dosiert.

Auch das Verhältnis zu Lateinamerika habe sich günstig entwickelt. Die Beziehungen zu Chile habe man zwar eingebüßt, arbeite aber insbesondere mit Mexiko, Guatemala, Argentinien u. a. m. eng zusammen.

Der *Bundeskanzler* fragt den Präsidenten, wie er seine Arbeitskraft zwischen der Innen- und der Außenpolitik aufteile.

Der *Präsident* erwidert, was in der Außenpolitik geschehe, wisse keiner so recht zu schätzen. Man müsse immer höchst beweglich bleiben und sich ständig eingehend informiert halten. Die Innenpolitik fordere ihn ohne sein Zutun. Es werde auch von ihm erwartet, daß er sich ständig mit der wirtschaftlichen Problematik beschäftige. Seine physische Kondition erlaube dies aber durchaus, obwohl es Leute gebe, die der Meinung seien, daß man mit 82 Jahren zu sterben habe.

Der *Bundeskanzler* erwidert, daß er den Eindruck habe, der Präsident sei 62.

Der *Präsident* äußert sich abschließend zu Fragen der jugoslawischen inneren Verhältnisse. Wenn er einmal abtrete, würden sowohl im Staat wie in der Partei kollektive Präsidien die Führung übernehmen.¹⁷ Es werde daher keine Än-

¹⁵ Staatspräsident Tito hielt sich vom 8. bis 11. Juli 1974 in Rumänien auf.

¹⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPČ, Husák, besuchte Jugoslawien vom 23. bis 26. Oktober 1973.

¹⁷ Vom 27. bis 30. Mai 1974 fand in Belgrad der X. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) statt. Dazu informierte Botschafter Jaenicke, Belgrad: „Der X. Kongreß des BdKJ ist am 30. Mai nach viertägiger Dauer mit Ovationen für den 82-jährigen, nun ohne zeitliche Begrenzung des Mandats als Parteivorsitzenden wiedergewählten Tito zu Ende gegangen. Die Delegierten sangen zum Abschluß ‚Tito, Tito, weißes Veilchen ...‘ (ein im Partisanenkrieg entstandenes Lied, das traditioneller Bestandteil der Titoverehrung geworden ist). [...] Der Kongreß hat keine Überraschungen gebracht. Die Parteilinie war schon ein Jahr im voraus in der ‚Plattform für die Vorbereitung der Stellungnahmen und Entscheidungen des X. Kongresses des BdKJ‘ neu formuliert worden; sie ist nun durch das oberste Parteigremium feierlich bestätigt worden. Es ist die Linie des ‚neuen Kurses‘, mit dem Tito seit dem Jahre 1971 eine Stabilisierung des Landes in seinem Sinne anstrebt, und zwar gerade auch im Hinblick auf die Ära nach seinem Abtreten von der politischen Bühne. [...] Die Organisation der Staats- und Parteispitze ist so angelegt, daß bei Titos Ausscheiden eine kollektive Führung der maßgeblichen Repräsentanten der Teilrepubliken und Provinzen sofort an seine Stelle treten kann. Diese relativ kleine Gruppe von Persönlichkeiten hat infolge einer bewußten Politik der begrenzten Ämterhäufung die Schlüsselpositionen in Partei und Staat inne, so daß es keinen Dualismus geben kann. [...] Mit dieser nun auf dem X. Kongreß höchstrangig

derung in der jugoslawischen Politik geben. Die Führungsgruppe in Jugoslawien, die dreißig Jahre zusammengearbeitet habe, nehme gegenüber innen- und außenpolitischen Fragen eine so einheitliche Haltung ein, wie man sie wohl kaum bei einer Führungsgruppe in einem anderen Land wieder finden werde.

Unter den Mitgliedern der Präsidien befänden sich neben den hervorragenden Parteiführern Bakarić und Kardelj zahlreiche weitere bewährte Persönlichkeiten der älteren Generation, daneben auch jüngere Führungskräfte. Gemeinsam stimme man sich sehr sorgfältig über die Entwicklung der inneren und äußeren Verhältnisse Jugoslawiens ab, wie erst kürzlich wieder auf dem Treffen von Karadjordjevo. Es sei ein neuer Prozeß der Stärkung der inneren Kohäsion eingeleitet worden. Hierzu habe man die Partei befähigen müssen, die dafür erforderliche Rolle zu spielen. Es seien viele Veränderungen vorgenommen worden, um den demokratischen Zentralismus zu stabilisieren. Hierbei habe es sich als notwendig erwiesen, an die Spitze des Innenministeriums einen Armeegeneral zu stellen.¹⁸ Es handele sich um eine Persönlichkeit, die dem Präsidenten sehr nahe stehe: den bisherigen Chef seiner Gardedivision.

Der *Bundeskanzler* äußert abschließend, dies sei jetzt die letzte Gelegenheit gewesen, unter vier Augen zu sprechen. Er fragt, ob man nicht auf der morgigen Plenarsitzung¹⁹ die Außenminister auffordern sollte, über das Ergebnis ihrer Gespräche²⁰ zu berichten.

Der *Präsident* stimmt zu.

Referat 010, Bd. 562

Fortsetzung Fußnote von Seite 829

und öffentlich abgesicherten Nachfolgeregelung sind die Aussichten auf ein stabiles Jugoslawien in den nächsten Jahren als nicht ungünstig zu bezeichnen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 546 vom 4. Juni 1974; Referat 214, Bd. 116703.

¹⁸ Am 17. Mai 1974 wählte die jugoslawische Bundesversammlung eine neue Regierung. Innenminister wurde Generaloberst Franjo Herljević.

¹⁹ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Tito am 26. Juni 1974 im erweiterten Kreis vgl. Dok. 190.

²⁰ Bundesminister Genscher und der jugoslawische Außenminister Minić führten am 24. Juni 1974 ein Gespräch, bei dem die Situation der jugoslawischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik, die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in Drittstaaten, die Pflege der deutschen Kriegsgräber in Jugoslawien und die KSZE erörtert wurden. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 116708.

189

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Nixon in Brüssel

Geheim

26. Juni 1974¹

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Präsident Nixon in der Residenz des US-Botschafters in Brüssel am 26. Juni 1974.² An dem Gespräch nahmen von deutscher Seite außerdem der Herr Bundesminister des Auswärtigen und von amerikanischer Seite Außenminister Kissinger und Mr. Helmut Sonnenfeldt vom State Department teil.

1) Der Herr *Bundeskanzler* eröffnete das Gespräch, indem er auf seine große Sorge hinwies, daß das nach Europa strömende arabische Geld – acht bis zehn Milliarden Dollar pro Vierteljahr – zu einer großen Gefahr werde. Er schlug vor, die größeren Länder Europas sollten sich konzertieren, um entweder auf die arabischen Länder einzuwirken, ihre Gelder langfristig anzulegen anstatt, wie bisher, sehr kurzfristig, oder aber durch die Zentralbanken dafür zu sorgen, daß derartige Gelder nicht mehr angenommen werden. Es wurde vereinbart, in etwa zehn Tagen zwischen Mr. Burns und Mr. Simon auf der US-Seite, Mr. Harold Lever auf der britischen Seite und dem Herrn Bundeskanzler – bis Herr Finanzminister Apel sich voll und ganz eingearbeitet habe, was in etwa sechs Monaten der Fall sein werde – auf der deutschen Seite in Gesprächen zu einer Entscheidung zu kommen. Diese Maßnahme solle wegen ihrer weitreichenden Auswirkungen mit strengster Vertraulichkeit behandelt werden.

2) Sodann wurde die Haltung des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing gegenüber den USA und der NATO erörtert. Auf Bitten des Präsidenten führte der Herr Bundeskanzler aus, er habe zu Giscard ein sehr gutes persönliches Verhältnis. Giscard scheine den Wunsch zu haben, bei aller Verfolgung der nationalen französischen Interessen die manchmal unschönen Züge der französischen Politik gegenüber den USA zum Verschwinden zu bringen. Dies werde ihm aber sicher im eigenen Lande – besonders auch vor der Presse – nicht leicht gemacht werden. Man müsse daher Giscard behilflich sein und ihm sogar schmeicheln, um ihm seine Aufgabe zu erleichtern.

3) Präsident *Nixon* führte sodann aus, er hege die Befürchtung, daß die Politik der Entspannung den Kommunismus in den westlichen Ländern zunehmend salonfähig mache. Die Menschen glauben sich vom Kommunismus östlicher Prägung nicht mehr bedroht und betrachteten den Kommunismus im Westen zunehmend als echte politische Alternative. So begrüße er selbstverständlich

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Krapf, Brüssel (NATO), am 28. Juni 1974 an Bundesminister Genscher übermittelt.

Hat Ministerialdirigent Kinkel am 1. Juli 1974 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine Abl[ichtung] fertigen. Originall geht an BK, Abl[ichtung] bleibt im AA.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 528 (014); B 150, Aktenkopien 1974.

² Bundeskanzler Schmidt und Präsident Nixon hielten sich anlässlich der Sitzung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Brüssel auf. Vgl. dazu Dok. 191.

den Regimewechsel in Portugal³, fürchte jedoch, daß das Regime Spínola im Begriff stehe, das Pendel zu weit nach der anderen Seite ausschlagen zu lassen. General Spínola habe selbst die Befürchtung geäußert, daß Portugal in etwa sechs oder sieben Monaten in erhebliche soziale Spannungen (übersteigerte Lohnforderungen infolge des großen Nachholbedarfs und dadurch verursachtes weiteres Anheizen einer Inflation) und damit in innenpolitische Schwierigkeiten geraten werde, und habe ihn gefragt, ob die USA in diesem Fall helfen könnten.⁴

4) Dies brachte das Gespräch auf Spanien. Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, die Bundesregierung könne Spanien keine Hilfe gewähren, solange Spanien seine portugiesische Revolution noch nicht gehabt habe. Präsident *Nixon* sagte, Anzeichen für eine derartige Entwicklung lägen bereits vor. Auch in Italien und Griechenland wisse man nicht, was man zu erwarten habe. Zu Portugal fügte der Herr *Bundeskanzler* hinzu, man sei dabei zu versuchen, Portugal sobald wie möglich den Status eines mit der EG assoziierten Landes zu geben, um die Hilfeleistung auf eine breitere Basis zu stellen und durch offizielle Kanäle lenken zu können.

5) Das Gespräch kehrte sodann auf Initiative des Herrn Bundeskanzlers zu wirtschaftspolitischen Fragen zurück und befaßte sich mit Energiefragen. Präsident *Nixon* führte aus, der Herr Bundeskanzler in seiner damaligen Eigenschaft als Bundesminister der Finanzen habe praktisch als einziger die Haltung der USA auf der Energiekonferenz in Washington⁵ verteidigt. Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, von den europäischen Staaten habe die Bundesrepublik die bei weitem niedrigste Inflationsrate von etwas über 7%, Frankreich habe 15 bis 16% und Großbritannien noch mehr, während Italien vor dem Bankrott stehe.

6) Der Herr Bundeskanzler schlug sodann vor, Mr. Kissinger solle die Frage der Errichtung des Umweltbundesamtes in West-Berlin mit Gromyko zur Sprache bringen. Mr. *Kissinger* entgegnete, dies sei taktisch vielleicht nicht der beste Weg, denn dann müßten die Sowjets Stellung beziehen. Wenn sie die Frage erörtern möchten, würden sie von selbst damit kommen.⁶

7) Abschließend wurden Fragen der gegenseitigen Besuche diskutiert. Präsident *Nixon* erklärte, er habe die Absicht, Präsident Giscard zu einem diesem genehmen Zeitpunkt einen Besuch abzustatten. Auch der Herr Bundeskanzler, dessen staatsmännischer Weisheit, Selbstbewußtsein und Erfahrung der Präsident an dieser Stelle hohes Lob zollte, sei ihm in Washington herzlich willkommen. Hierauf erklärte der Herr *Bundeskanzler*, er wolle aber mit Giscard auf absolut der gleichen Basis stehen, worauf der *Präsident* den Gedanken entwickelte, anlässlich seines Besuchs in Paris auch nach Bonn zu kommen. Dann aber müsse er auch nach London und Rom, was zu lange dauere. Vielleicht sei die beste Lösung die, mit Giscard auf einer der französischen Inseln

³ Zum Regierungsumsturz in Portugal am 25. April 1974 vgl. Dok. 136.

⁴ Präsident Nixon und Präsident de Spínola führten am 18./19. Juni 1974 Gespräche auf den Azoren.

⁵ Zur Energiekonferenz vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington vgl. Dok. 49.

⁶ Der amerikanische Außenminister Kissinger und der sowjetische Außenminister Gromyko erörterten die Frage der Errichtung des Umweltbundesamts in Berlin (West) am 30. Juni 1974 in Orea-da. Vgl. dazu Dok. 195.

zusammenzutreffen. Auch mit dem Schah von Persien⁷ wolle er noch einmal reden.

8) Der Herr *Bundeskanzler* führte hierauf aus, eine der großen Gefahren der derzeitigen Dollarschwemme sei die, daß in den arabischen Staaten höchstens ein halbes Dutzend Fachleute pro Land verfügbar seien, die die Auswirkungen der ungezügelten Dollarflut voll und ganz verständen. Der Schah von Persien gehöre dazu. Mr. *Kissinger* fügte hinzu, die meisten arabischen Führer seien sich der Gefahr, die sie selbst heraufbeschworen hätten und durch die sie selbst mit vernichtet werden könnten, überhaupt nicht bewußt. Der Herr *Bundeskanzler* sagte, der Schah von Persien sei im Grunde auf dem Ölsektor dem Westen günstig gesonnen, jedoch könne er – wie auch Feisal, wie Präsident Nixon hinzufügte – nicht aus der Front der übrigen Ölproduzenten des Nahen Ostens ausbrechen. Hier seien Leute wie Ghadafi und Boumedienne in Betracht zu ziehen.

9) Das Gespräch endete mit dem Dank des Herrn Bundeskanzlers an Präsident Nixon für die Unterredung und mit dem Dank des amerikanischen Präsidenten für den Besuch des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers des Auswärtigen.

VS-Bd. 528 (014)

190

Deutsch-jugoslawisches Regierungsgespräch

26. Juni 1974¹

Protokollvermerk über die abschließende Sitzung der beiden Delegationen am 26. Juni 1974 unter Leitung von Bundeskanzler Schmidt und Präsident Tito

Deutsche Teilnehmer: Der Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher; der Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Hans Friderichs; der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Erhard Eppler; der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Dr. Walter Gehlhoff; der Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, Dr. Carl-Werner Sanne; der Stellvertretende Sprecher der Bundesregierung, Dr. Armin Grünewald; der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad, Joachim Jaenicke; die Leiterin des Osteuropareferates im Auswärtigen Amt, Dr. Renate Finke-Osiander.

Jugoslawische Teilnehmer: Der Vorsitzende des Präsidiums der Sozialistischen Republik Slowenien, Sergej Kraigher; der Vizepräsident des Bundesexekutivrates und Minister des Auswärtigen, Miloš Minić; das Mitglied des Bundesexe-

⁷ Schah Reza Pahlevi.

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Referat 214 gefertigt.

aktivrates und Minister für Außenhandel, Dr. Emil Ludviger; der Kabinettschef des Präsidenten der Republik, Aleksander Sokorac; der Botschafter der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Bonn, Budimir Lončar; der Berater des Präsidenten der Republik für außenpolitische Fragen, Miloš Melovski; der Leiter der Westeuropaabteilung im Außenministerium, Milivoje Maksić, und der Gesandte Zeljko Jeglić.

Gesprächsbeginn: ca. 18.15 Uhr

Ende: gegen 20.00 Uhr.

Präsident *Tito* erklärt sich einleitend mit dem gemeinsamen Entwurf des Kommuniqués über den Besuch² einverstanden. Eine Besprechung darüber sei aus seiner Sicht nicht erforderlich. Man könne vielleicht einige andere Fragen besprechen.

Bundeskanzler *Schmidt* erklärt sich damit einverstanden.

Er komme gerade aus Brüssel.³ Auch in Brüssel seien die wirtschaftlichen Probleme auf der Tagesordnung gewesen, über die er hier mit Präsident *Tito* gesprochen habe.⁴

Präsident *Tito* erkundigte sich, wie nach dem Eindruck des Bundeskanzlers die Stellung Nixons sei und wie er die Erfolgsaussichten seines bevorstehenden Besuches in Moskau⁵ einschätze.

Bundeskanzler *Schmidt* erwidert, daß seines Erachtens zwei Dinge die volle außenpolitische Handlungsfähigkeit der US-Regierung gezeigt hätten und Präsident Nixon Auftrieb gäben:

- Der Verhandlungserfolg Kissingers im Mittleren Osten; trotz aller noch bestehenden Schwierigkeiten sei damit ein wesentlicher Schritt vorwärts getan worden.
- Die Tatsache, daß trotz einiger Schwierigkeiten bei KSZE, MBFR, SALT und den Abrüstungsfragen weitgehende Einigkeit innerhalb der Allianz bestehe, die auch in der Atlantischen Erklärung zum 25jährigen Bestehen der NATO⁶ ausgedrückt sei.

Alle genannten Themen würden wohl auch in Moskau zur Sprache kommen. Sicherlich sei nicht mit einem großen neuen Durchbruch hinsichtlich SALT zu rechnen. Seines Erachtens komme es sowohl Nixon wie Breschnew darauf an, das Treffen zu einem Erfolg werden zu lassen. Es kann ein weiterer Baustein zur Entspannung sein.

Präsident *Tito* erklärt, er glaube nicht, daß es spektakuläre Resultate geben werde. Man müsse die Ergebnisse der Moskauer Gespräche abwarten. Dies bedeute nicht, daß wir nichts tun könnten.

² Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 27. Juni 1974 vgl. BULLETIN 1974, S. 773–776.

³ Bundeskanzler *Schmidt* hielt sich anlässlich der Sitzung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 26. Juni 1974 in Brüssel auf. Vgl. dazu Dok. 191. Ferner führte er ein Gespräch mit Präsident Nixon. Vgl. Dok. 189.

⁴ Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers *Schmidt* mit Staatspräsident *Tito* am 24./25. Juni 1974; Dok. 186 und Dok. 188.

⁵ Präsident Nixon hielt sich vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 197, Dok. 199 und Dok. 200.

⁶ Zur Erklärung über die Atlantischen Beziehungen vom 19. Juni 1974 vgl. Dok. 183 und Dok. 191.

Bundeskanzler *Schmidt* berichtet, daß heute morgen in Brüssel auch über die portugiesische Entwicklung⁷ gesprochen wurde, die allgemein im Westen begrüßt worden sei. Von portugiesischer Seite sei dabei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien⁸ hervorgehoben worden.

Präsident *Tito* meint, man müsse klare Vorstellungen haben, wie man die bestehenden Probleme lösen wolle. Wenn man die Dekolonisation aufhalten würde, wäre dies ein großer Schaden. Aber es müsse ein genauer Weg gefunden werden. Diese Länder müßten Geduld haben. Wenn man alles auf einmal haben wolle, könnte dort leicht ein neuer Brandherd entstehen, und das könne auch für die Sicherheit in Europa gefährlich werden.

Jugoslawien könne Einfluß haben, weil es gute Beziehungen zu Ländern wie Sambia, Tansania oder Zaire unterhalte. Die Leute von den afrikanischen Befreiungsbewegungen, die Jugoslawien unterstütze, hätten noch wenig politische Erfahrung.

Bundeskanzler *Schmidt* erklärt, wir seien sehr daran interessiert, daß Jugoslawien dabei helfe, damit die Dinge schrittweise und mit Geduld entwickelt würden, um zu vermeiden, daß aus Überstürzung eine Eruption entstünde.

Präsident *Tito* bekräftigt noch einmal: so daß kein neuer Brandherd entsteht.

Er erkundigt sich dann, wie Präsident Nixon den Stand der Genfer KSZE-Verhandlungen beurteile.

Bundeskanzler *Schmidt* erwidert, nach seinem Eindruck gehe Nixon nicht davon aus, daß diese Verhandlungen noch übermäßig lange Zeit brauchen würden.

Präsident *Tito* teilt diesen Eindruck.

Der Bundeskanzler stellt fest, daß das auch seine persönliche Meinung sei, aber es gelte, viele Parteien unter einen Hut zu bringen, damit sie so denken wie wir.

Bundeskanzler *Schmidt* berichtet, daß er in Brüssel festgestellt habe, daß er im Augenblick keinerlei unmittelbare Gefahr für den Frieden in Europa sehe, daß ihn aber die Zahlungsbilanzschwierigkeiten einer Reihe von Ländern auf weltweiter Ebene mit tiefer Sorge erfüllten. Sie seien so sehr in Unordnung geraten, daß es fraglich sei, ob der internationale Handel so fortgesetzt werden könne wie bisher. Das habe Auswirkungen auf viele Länder, nicht zuletzt auch auf Jugoslawien selbst, wenn man zum Beispiel an die auf italienischen Druck hin ergriffenen EG-Maßnahmen beim Rindfleisch⁹ denkt. Hier sei ein anderes Gebiet, auf dem die jugoslawischen Einflußmöglichkeiten auf fruchtbare Weise genutzt werden könnten. Jugoslawien könne auf die Ölländer einwirken, ihre hohen Zahlungsbilanzüberschüsse kreditweise zu schließen. Das gelte nicht nur für Industrieländer, sondern auch für rohstoffarme Entwicklungsländer, denen durch die Ölpreise zusätzliche schwere Probleme aufgebürdet worden sind.

⁷ Zum Regierungsumsturz in Portugal am 25. April 1974 vgl. Dok. 136.

⁸ Portugal und Jugoslawien vereinbarten am 10. Juni 1974 die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

⁹ Zur Verordnung der EG-Kommission vom 21. Februar 1974 vgl. Dok. 188, Anm. 4.

Präsident *Tito* erklärt, das jugoslawisch-italienische Verhältnis und die Frage der jugoslawischen Fleischexporte seien keine ernststen Probleme. Das eigentliche Problem sei jedoch die inflationäre Wirtschaftslage Italiens und seine Rolle in der EG, wo es die große Bremse ist. Die Inflation steige weiter und man sehe keine Lösung. Die jugoslawische Seite sei sehr besorgt. Was dächten die europäischen Länder zu tun, um Italien zu helfen?

Bundeskanzler *Schmidt* erwidert, er möchte dazu dreierlei sagen – vielleicht könne Kollege *Friderichs* seine Ausführungen ergänzen:

1) Schon vor der Ölpreiskrise habe Italien durch die Finanz- und Wirtschaftspolitik von Regierung und Parlament sich selbst größte Schwierigkeiten bereitet, die dazu beigetragen hätten, daß über viele Jahre hin Italien mehr verbraucht als erzeugt habe.

2) Die EG-Länder – mit Sicherheit Deutschland und Frankreich, aber vermutlich auch die übrigen – seien bereit zu helfen, aber nur unter der Voraussetzung, daß Italien selbst entschlossen sei, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und die inneren Inflationsquellen zu verstopfen. Bisher habe dies leider keine italienische Regierung getan, aber im gegebenen Fall sei er sicher, daß auch andere helfen werden.

3) Über die EG hinaus brauche Italien internationale Kredite. Auch dabei brauche Italien Hilfestellung, weil viele Banken wenig Vertrauen haben würden. Wir haben deshalb eine Regelung gefunden, die es den Banken ermöglicht, Italien zu helfen.¹⁰ Italien verfüge über hohe Reserven an Währungsgold (ca. 3 1/2 bis 4 Mrd. \$), die es teilweise verpfänden könne. Dies hätte jedoch nur Sinn, wenn Italien den Zeitgewinn nutzt, um ein Stabilisierungsprogramm in Angriff zu nehmen.

Bundesminister *Friderichs* ergänzt, er könne einen vierten Punkt hinzufügen: Es sei in der Aufschwungphase in Italien versäumt worden, in den weniger entwickelten Regionen Italiens durch den Aufbau von Infrastrukturen die Voraussetzungen für ein rasches Wachstum und für private Investitionen zu schaffen. Das bedeute, daß man jetzt in einer sehr schwierigen Stabilisierungsphase eigentlich gleichzeitig ein zusätzliches kostspieliges Programm fahren müßte. Hier sei man wieder bei dem Grundproblem, daß nicht genügend Mittel in Investitionen gelenkt würden. Politisch sei es für Regierungen eine schwierige Operation, die Erwartungen der Verbraucher zurückzudrängen. Am Ende sei deshalb das italienische Problem nicht ein wirtschaftliches, sondern ein politisches.

Präsident *Tito*: Der Bundeskanzler habe seine Besorgnis über die Inflationsentwicklung ausgedrückt. Er würde gern mehr darüber erfahren. Jugoslawien sei eng mit der EG verbunden¹¹; es könne ihm daher nicht gleichgültig sein,

¹⁰ Zum Beschluß der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Notenbankpräsidenten der Zehnergruppe vom 11. Juni 1974 vgl. Dok. 160, Anm. 7.

¹¹ Jugoslawien und die Europäischen Gemeinschaften unterzeichneten am 19. März 1970 ein Handelsabkommen mit einer Laufzeit von drei Jahren. Dieses sah u. a. die Gewährung der Meistbegünstigung sowie die Einrichtung eines Gemischten Ausschusses vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1970, S. 17–20.

Am 26. Juni 1973 wurde ein neues Abkommen mit einer Laufzeit von fünf Jahren geschlossen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1973, S. 62.

was dort geschehe. Jugoslawien selbst habe mit allen Mitteln gegen die Inflation zu kämpfen.¹² Die Frage der Inflation sei für ihn ein wichtiges Problem, das nicht ein Land allein bekämpfen könne. Nur wenn alle zusammenwirkten, könne man einen Ausweg finden. Es gäbe manche – auch in seinem Land –, die denken, ein bißchen Inflation sei ganz gut für den Export. Dies sei aber sehr egoistisch.

Bundeskanzler *Schmidt* erläutert, daß man binnenwirtschaftliche nationale und außenwirtschaftliche internationale Gründe für die Inflation unterscheiden könne. Internationale Gründe: Die Welt sei in den letzten Jahren überschwemmt mit internationaler Liquidität. An erster Stelle stünden die USA. So seien innerhalb von drei Jahren 60 Mrd. \$ aus den USA in die Welt geströmt. Der Liquiditätsüberschuß begünstige Preiserhöhungen. Das sei so beim Öl, aber auch bei anderen Rohstoffen wie z. B. bei Wolle, Zinn, Zink und Kupfer. So seien die Rohstoffpreise durchschnittlich im letzten Jahr beinahe um 100 % gestiegen. Auch die Sowjetunion habe sich die Situation zunutze gemacht und ihre Exportpreise wesentlich erhöht. Länder wie Jugoslawien, Italien und Deutschland seien als rohstoffarme Länder dagegen wehrlos. Dadurch steigerten sich auch die Preise für Fertigerzeugnisse. Binnenwirtschaftliche Gründe: Italien sei dafür ein Paradebeispiel. Der Staat habe seit Jahr und Tag mehr ausgegeben als eingenommen. Das Budgetdefizit sei immer wieder durch die Notenpresse ausgeglichen worden. Die Löhne seien nominal gestiegen, ohne daß mehr Waren produziert worden seien. Da die auf diese Weise gestiegene Inlandsnachfrage nicht habe aus der eigenen Produktion befriedigt werden können, sei mehr importiert worden. Aus diesem Grund habe es auch keinen Druck gegeben, mehr zu exportieren. Durch Export seiner Währung habe Italien auch zum internationalen Liquiditätsüberschuß beigetragen. In zwar geringerem Umfang gelte dies auch für andere wie z. B. Frankreich und Großbritannien. Als Gegenmittel käme nur in Betracht, Einschränkungen auf dem Binnenmarkt mit geeigneten Mitteln zu erzielen, damit der Nachfrage ein entsprechendes Angebot gegenübersteht und die Zahlungsbilanz ausgeglichen wird. Präsident *Tito* stellt fest, daß er mit der Analyse des BK vollkommen übereinstimme und schlägt vor, das Gespräch auf Themen auszuweiten wie zum Beispiel blockfreie Länder, Naher Osten.

Welche Politik werden die Bundesrepublik Deutschland und andere europäische Länder gegenüber dem Nahen Osten einnehmen?

Jugoslawien habe seit jeher die Rechte der afrikanischen und asiatischen Länder betont. Auf der Konferenz der Blockfreien in Algier sei klar gesagt worden, was geschehen müsse.¹³ Es sei dann aber genauso gekommen, wie man es vorausgesagt und befürchtet hätte. Man habe damals deutlich gesagt, daß die Län-

¹² Referat 214 vermerkte am 10. Juni 1974 zur wirtschaftlichen Situation in Jugoslawien: „Problematisch ist nach wie vor die Wirtschaftslage Jugoslawiens. Das starke Nordsüdgefälle im Entwicklungsstand des Landes bleibt Quelle vielfältiger Spannungen. Trotz bemerkenswerter Erfolge auf außenwirtschaftlichem Gebiet (Außenhandelszuwachs 1973 um 68 %) und deutlichem Konjunkturaufschwung hielt die Inflation mit ca. 20 % unvermindert an. Erstmals sank das Reallohneinkommen (4 %); die Arbeitslosenrate stieg (6 %).“ Vgl. Referat 214, Bd. 116708.

¹³ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten des Koordinierungsbüros der Blockfreien Staaten vom 19. bis 22. März 1974 vgl. Dok. 186, Anm. 14.

der Afrikas, Asiens und Lateinamerikas Eigentümer ihrer Bodenschätze seien. Im Laufe des Oktoberkrieges¹⁴ sei vielen dieser Länder zum Bewußtsein gekommen, daß es zu einer Umverteilung der Einkommen in der Welt kommen kann. Das war möglicherweise das bedeutendste Ereignis in der Weltgeschichte. Die damit verbundenen Probleme könnten nicht mit bilateralen Absprachen oder neokolonialistischen Mitteln gelöst werden, sondern es müsse zu neuen multilateralen Absprachen kommen. Deutschland und andere Industrieländer müßten eine neue Einstellung gegenüber diesen Problemen und gegenüber den Entwicklungsländern finden. Ein solches neues Verhältnis liege im Interesse der Industrieländer, denn die Entwicklungsländer besäßen viele Rohstoffe; aber auch den rohstoffarmen müsse geholfen werden, so daß man zu neuen Partnerschaftsverhältnissen komme. Arme Länder könnten nicht Partner sein. Man müsse ihnen deshalb helfen, daß sie Partner im Warenaustausch sein können. Diese Länder seien nicht daran interessiert, an gewisse Metropolen gebunden zu bleiben. Dies sei eine neue Form von Neokolonialismus. Die europäischen Länder müßten den afrikanischen Ländern helfen, Partner zu werden. Sie wollen ihren Handel nicht mehr über die traditionellen Verbindungen in Frankreich und Großbritannien, sondern direkt abwickeln. Man werde jetzt sehen, wie die europäischen Länder darauf reagieren. Er habe mit dem Bundeskanzler darüber gesprochen und Übereinstimmung darüber festgestellt.

Jugoslawien unterhalte gute Beziehungen zu diesen Ländern. Es sei nicht ihr Anwalt, aber es kenne ihre Wünsche und Ziele hinsichtlich ihrer Entwicklung. Wir müßten die alten Auffassungen verlassen und neue Wege finden. Europa habe ein großes Interesse an Rohstoffimporten, insbesondere aus Afrika. Man müsse jetzt sehen, wie man den Bezug der Rohstoffe für Europa sicherstellen könne. Man dürfe die gegenwärtige Situation nicht ungenutzt verstreichen lassen. Afrika könne wichtige Rohstoffe, z. B. Kupfer und Uran, liefern. Es sei verständlich, daß es für die europäischen Länder, die mit dem Ende des Kolonialismus viel verloren hätten, nicht einfach sei, ein neues Verhältnis zu diesen Ländern zu finden. Wir alle müßten uns jedoch von der Vergangenheit lösen und neue gleichberechtigte Beziehungen schaffen. Die europäischen Staaten, die dort viel an Vertrauen verloren hätten, müßten dies durch eine neue Einstellung zurückgewinnen.

Ministerpräsident *Kraigher* meinte, daß Inflation immer ein politisches Problem und im Grunde genommen nur die Kehrseite des Problems der Entwicklungsländer sei. Bisher seien die Rohstoffpreise immer unterbewertet gewesen. Die Industrieländer brauchten die Rohstoffe für ihre Produktion, vor allem auch für ihre Energieerzeugung, und hätten die terms of trade ständig verfallen lassen, was sich immer zum Nachteil der Entwicklungsländer ausgewirkt habe.

BM *Friderichs* warf ein, daß es aber eben auch Entwicklungsländer gäbe, die über keine Rohstoffe verfügten.

¹⁴ Am Mittag des 6. Oktober 1973, dem israelischen Feiertag Jom Kippur, begannen ägyptische Angriffe am Suez-Kanal auf das Sinai-Gebiet sowie syrische Angriffe auf israelische Stellungen auf den Golan-Höhen.

Ministerpräsident *Kraigher* antwortete, daß es da auch noch eine dritte Kategorie von Entwicklungsländern gäbe, nämlich jene, die potentielle Rohstoffquellen, nicht aber die Möglichkeiten für entsprechende Prospektierungen hätten. Die europäischen Länder glaubten, das Problem durch Preisabsprachen mit den rohstoffproduzierenden Ländern lösen zu können; das sei aber keine echte Lösung. Man müsse auch die Rüstung (der Industrieländer) in diese Betrachtung einbeziehen, da sie ein Hauptgenerator der Inflation sei. Und dann könne man den Trend in den VN verstehen, durch aktive Abrüstung Mittel für die Entwicklungsländer freizusetzen. Solche Maßnahmen hätten für den Frieden ein besonderes Gewicht.

Bundeskanzler *Schmidt* räumt ein, daß Rüstung einen inflationsfördernden Einfluß haben kann. Dies gelte jedoch nicht hier in Europa; hier sei der Prozentsatz der Rüstungsausgaben, gemessen am Sozialprodukt, laufend zurückgegangen. Hohe Rüstungsausgaben wiesen die Großmächte und erstaunlicherweise auch einige neue Staaten aus. Er bittet die Minister Genscher (zugleich als amtierender FDP-Vorsitzender) und Eppler, sich zu den Beziehungen zu den blockfreien Staaten und zur Entwicklungshilfe zu äußern.

Minister *Genscher* betont, daß wir die Algier-Konferenz mit Interesse verfolgt haben und sie für ein historisches Ereignis halten, da hier zum ersten Mal nicht das Ost-West- sondern das Nord-Süd-Verhältnis im Vordergrund gestanden habe. Wir begrüßten auch, daß es nicht zu einer Friktion zwischen rohstoffarmen und -reichen Ländern gekommen sei.

Es seien Hilfsaktionen für rohstoffarme Länder geplant. Die Europäische Gemeinschaft habe jedoch entschieden, daß sie sich nur unter der Voraussetzung daran beteiligen wolle, daß sich auch die Ölexportländer ihrer Verantwortung bewußt werden und einen entsprechenden Beitrag leisten. Das hätten wir auch dem Generalsekretär der VN¹⁵ mitgeteilt.

Zum Verhältnis Europas zu den Entwicklungsländern sei man bestrebt, neue Akzente zu setzen. Es sei jedoch nicht leicht, zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen. Der EG-Beschluß über einen europäisch-arabischen Dialog¹⁶ müsse als Erfolg bewertet werden, weil es das erste multilaterale Gespräch in dieser

¹⁵ Am 25. Juni 1974 richtete Bundesminister Genscher als amtierender EG-Ratspräsident folgendes Schreiben an UNO-Generalsekretär Waldheim: „Die Europäische Gemeinschaft bekräftigt ihre am 1. Mai 1974 durch ihren Sprecher in der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen in New York erklärte Bereitschaft, zu einer außergewöhnlichen Hilfeaktion der Vereinten Nationen zugunsten der von der gegenwärtigen Krise am stärksten betroffenen Entwicklungsländer einen substantiellen Beitrag zu leisten, sofern die übrigen Mitglieder der Völkergemeinschaft bereit sind, daran teilzunehmen. Unter der Voraussetzung, daß die anderen angesprochenen Mitglieder der Völkergemeinschaft ihren Anteil übernehmen, setzt sich die Europäische Gemeinschaft das Ziel, mit bis zu einem Sechstel des Gesamtbetrages, höchstens jedoch mit 500 Millionen US-Dollar, an der von den Vereinten Nationen für zwölf Monate empfohlenen weltweiten Hilfeaktion teilzunehmen. Hierbei geht sie davon aus, daß die übrigen Industrieländer zusammen zwei Sechstel und die Erdölexportländer ihrerseits die Hälfte dieses Gesamtbetrages übernehmen. Die Verwirklichung dieser Bereitschaft steht ferner unter der Bedingung, daß über die Modalitäten der Vergabe und die Kriterien der Länderauswahl Einverständnis erzielt wird. Ich darf Ihnen ferner mitteilen, daß die Gemeinschaft als solche eine aktive Rolle in den Organen, die über die Modalitäten der internationalen Sofortaktion zu entscheiden haben, über diejenigen ihrer Mitgliedstaaten, die diesen Organen angehören werden, spielen und darin den Ablauf dieser Aktion verfolgen will.“ Vgl. BULLETTIN DER EG, 6/1974, S. 77.

¹⁶ Zum Beschluß der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 10./11. Juni 1974 über einen europäisch-arabischen Dialog vgl. Dok. 167.

Richtung sein wird. Das mache deutlich, wie sehr die EG an solchen Gesprächen interessiert sei. Wir hätten es begrüßt, daß dieses Gespräch zur Zeit unserer Präsidentschaft eingeleitet werden konnte, wenn es auch erst unter französischer Präsidentschaft geführt werden würde.¹⁷

Minister *Eppler* erläutert die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland: Die Bundesrepublik Deutschland leiste jährlich zur Zeit aus öffentlichen Mitteln ca. drei Mrd. DM Entwicklungshilfe. Davon sei 1/4 technische Hilfe, 1/4 laufe über internationale Organisationen, und etwas weniger als die Hälfte sei Kapitalhilfe. Nehme man kapital- und multilaterale Hilfe zusammen, so sei der „grant-effect“ dieser Hilfe 84 %. Auf das Bruttosozialprodukt bezogen, leisteten wir mehr als die Großmächte, allerdings weniger als kleinere Länder wie Schweden, Holland oder Dänemark.

Trotz der Entwicklungshilfe seien aufgrund der internationalen Preisentwicklung viele Länder in Afrika heute ärmer als vor einem Jahr. Es werde eine Differenzierung der ökonomischen Situation einsetzen. Die Zahl der gegenwärtig als Entwicklungsländer angesehenen Staaten würde sich verringern, dafür würden aber neue Staaten – wie z.B. in Afrika – hinzukommen. Ein Problem sei die Kontrolle der Hilfeleistungen. Die Armut der Länder sei häufig umgekehrt proportional zu ihrer Empfindlichkeit. Der Steuerzahler hier verlange Kontrollen, die betreffenden Länder seien dagegen.

Außenminister *Minić* verweist darauf, daß man diese Krise kommen sehen konnte. Der Nahost-Krieg habe diese Entwicklung nur beschleunigt. Die hochentwickelten Länder seien bisher nicht entschlossen genug an die Probleme herangegangen. In der ersten Entwicklungsdekade¹⁸ sei nichts von Bedeutung geschehen und in der zweiten¹⁹ seien die Ziele nicht erreicht worden. Es sei vielleicht das positivste Ergebnis der letzten neun Monate, daß die Entwicklungsländer begriffen hätten, daß man den Industriestaaten gemeinsam gegenüberzutreten müsse.

Er stimme damit überein, daß nur die beiden Großmächte Sowjetunion und USA rohstoffunabhängig seien. Aber in zehn Jahren seien zum Beispiel auch die USA bei Buntmetallen abhängig.

Jugoslawien messe deshalb der Rohstoffkonferenz große Bedeutung bei, weil hier der Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung beschlossen worden sei.²⁰ Un-

¹⁷ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1974 inne. Frankreich übernahm am 1. Juli 1974 die Präsidentschaft.

Zur Aufnahme der Gespräche im Rahmen des europäisch-arabischen Dialogs vgl. Dok. 222, Anm. 14.

¹⁸ Mit Resolution Nr. 1710 vom 19. Dezember 1961 erklärte die UNO-Generalversammlung die sechziger Jahre zur Entwicklungsdekade mit dem Ziel, auf der Basis einer Entwicklungsstrategie bestimmte Zielvorgaben für die Entwicklungsländer zu erreichen. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. VIII, S. 248 f.

¹⁹ Die Zweite Entwicklungsdekade wurde von der UNO-Generalversammlung am 24. Oktober 1970 ausgerufen. Als Zieldaten wurden eine Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts der Entwicklungsländer von 6 % und des Pro-Kopf-Einkommens um 2,5 % festgelegt. Dem entsprach eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um 4 %, der Industrieproduktion um 8 % und des Handels um 7 %. Die Entwicklungshilfe der Industrieländer sollte mindestens 0,7 % des Bruttosozialprodukts betragen. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 2626 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIII, S. 255–265.

²⁰ Zur Sondersitzung der UNO-Generalversammlung über Rohstoffe und Entwicklung vom 9. April bis 2. Mai 1974 in New York vgl. Dok. 121, Anm. 3.

geachtet dessen, daß viele hochentwickelte Länder große Reserven gegenüber den Resolutionen hätten, werde sich erweisen, daß dies der einzige Weg zu einer Lösung sei.

Der Bundeskanzler habe gesagt, er hoffe, daß Jugoslawien auf die arabischen Länder einwirke. Der jugoslawische Präsident habe mitten im Nahost-Konflikt diese Länder um Rücksichtnahme auf den Bedarf der europäischen Länder gebeten. Er erwähne dies als Beispiel. Jugoslawien sei in dieser Hinsicht in der gleichen Lage wie wir, aber es habe immer auch gesehen, daß es sich hier um eine überfällige Preiskorrektur handelte.

Aufgrund von Analysen sei vorauszusehen, daß es schwerwiegende Folgen haben würde, wenn man nicht schleunigst zu einem Programm für Investitionen und Kapitaleinlagen in Entwicklungsländern komme. Man sei nach Deutschland mit der Hoffnung gekommen, daß Westeuropa mit den Blockfreien ins Gespräch kommen will, und glaube, daß die Bundesrepublik wegen ihrer Wirtschaftskraft einen entsprechenden Einfluß auf die europäischen Staaten ausüben könne.

Es erleichtere die Lage, daß die nordischen Länder großes Verständnis zeigten, auch Japan werde nach jugoslawischer Auffassung bald in dieser Richtung einschwenken.

(Minister Genscher verweist auf unseren Brief an Generalsekretär Waldheim).

Die EG wolle mit ihrem Beschluß Druck auf die Ölländer ausüben, damit diese ihre Mittel entsprechend einsetzten. Der wirksamste Druck könnte jedoch dann ausgeübt werden, wenn die Europäer zunächst ihren Beitrag leisteten. Man würde dann bald eine Konferenz der Blockfreien einberufen und könnte dort Druck auf die arabischen Staaten ausüben. Man müsse begreifen, daß auch Jugoslawien es nicht leicht habe. So sei zum Beispiel Saudi-Arabien ein reiches Land, das überhaupt kein Verständnis zeige usw. Der Iran würde noch am ehesten etwas geben. Wenn die Bundesrepublik Deutschland etwas täte, so könnte Jugoslawien auf der nächsten Konferenz der Blockfreien mit sehr starken Argumenten auftreten.

Die jetzt vorgesehenen Programme der Entwicklungshilfe sehe Jugoslawien nur als Feuerlöschprogramme für die nächsten Jahre, denen viel größere folgen müßten. Jugoslawien trete in dieser Hinsicht als Entwicklungsland, als blockfreies und als sozialistisches Land auf. Es habe große Schwierigkeiten mit der Sowjetunion. Die sozialistischen Länder seien von der These ausgegangen, der Kolonialismus sei ein von westlichen Ländern geschaffenes Problem, so müssen sie auch sehen, wie sie es lösen.

Präsident Tito habe gesagt, daß Jugoslawien sich an der Lösung der Probleme beteiligen werde, obwohl es selbst ein Entwicklungsland sei. Deshalb sei es für Jugoslawien von großer Bedeutung, wie sich die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und andere westliche Länder verhalten würden.

Sein Kollege Genscher habe seine Zufriedenheit darüber geäußert, daß es in Algier nicht zum Bruch unter den Blockfreien gekommen sei. Dies sei für die Sonderkonferenz der Vereinten Nationen vorausgesagt worden. Jedoch das Ge-

genteil sei eingetreten. Sowohl Iran, Saudi-Arabien und andere Länder seien gemeinsam in der Gruppe aufgetreten.²¹

Dies sei nicht der Augenblick für Konfrontationen. Es habe noch nie historisch einen so günstigen Augenblick für die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gegeben.

Bundeskanzler *Schmidt* erklärt, er sei sich bewußt, daß Präsident Tito wegen seines weiteren Programms unter Zeitdruck stehe.²²

Er bewerte dieses Gespräch sehr hoch. Es habe Gelegenheit gegeben, manche jugoslawische Standpunkte besser zu verstehen.

Er bitte jedoch die jugoslawische Seite zu bewerten, daß unsere Entwicklungshilfe aus Steuern bestehe, die wir unseren Arbeitnehmern abnehmen. Er bitte zu bewerten, daß wir unter der Rohstoffkrise leiden. Rohstoffpreiserhöhungen und Entwicklungshilfe seien auch Quellen der internationalen Inflation. Seine Partei vertrete im wesentlichen kleine Leute, Arbeiter und Angestellte. Er wolle seinen Wählern keine Einbuße des Realeinkommens zumuten. Wegen der Inflation seien wir jetzt aber nahe daran. Die Bundesrepublik gehöre zu jenen Ländern, in denen alle vier Jahre Wahlen stattfänden, und er habe die Absicht, wiedergewählt zu werden. Wenn wir 10 oder 15 % Inflation haben sollten, wäre Herr Strauß in zwei Jahren Bundeskanzler. Das müsse die jugoslawische Seite bei allem Temperament ihrer Darlegungen, das er gut verstehe, bewerten.

Die jugoslawische Seite habe mehrfach von Neokolonialismus gesprochen. Aber bei allen Vorwürfen, die man Deutschland wegen seiner Politik in dem letzten halben Jahrhundert berechtigterweise machen könne, müsse er doch feststellen, daß wir von der Sünde des Kolonialismus frei seien.

Er habe den Wunsch, am Ende dieses Gesprächs ein ausdrückliches Wort des Respekts für die Blockfreien zu sagen. Die politische Rolle dieser Staaten werde bei zunehmender Multilateralität der internationalen Beziehungen steigen. Deshalb liege uns an guten Beziehungen zu ihnen.

Er wolle dem Präsidenten nicht schmeicheln. Aber es sei seine Überzeugung – wie er es bereits im Fernsehen gesagt habe²³ –, daß er unter den lebenden bei weitem der erfolgreichste Staatsmann sei. Er habe in diesen Tagen erneut gespürt, daß die Ideen, für die Präsident Tito und Jugoslawien eintreten, weit über die Interessen des eigenen Landes hinausgreifen. Unser Respekt für Jugoslawien sei in diesen Tagen noch gestiegen. Er sei sehr beeindruckt von seinen Gesprächen mit Präsident Tito und wolle seinen ganz persönlichen Dank aussprechen.

Präsident *Tito* schlägt vor, das Kommuniqué als gemeinsames anzunehmen. Er unterstrich noch einmal, daß die bilateralen Beziehungen so gut seien, daß

²¹ So in der Vorlage.

²² Staatspräsident Tito folgte im Anschluß an das Gespräch einer Einladung zum Abendessen im Haus des SPD-Vorsitzenden Brandt in Bonn.

²³ Bundeskanzler Schmidt führte am 23. Juni 1974 in einem Interview für das Fernsehen Zagreb aus: „Ich bin natürlich ein bißchen durch Zufall, durch innenpolitischen Zufall in die Rolle des Gastgebers für Präsident Tito geraten, aber ich bin sehr gerne Gastgeber für Tito, da er doch eine herausragende Figur der europäischen Geschichte der letzten 40 Jahre ist und unter den heute lebenden und im Amt befindlichen Regierungs- und Staatsechefs wohl der erfolgreichste in Europa.“ Vgl. BULLETIN 1974, S. 752.

man über bilaterale Fragen nicht mehr zu sprechen brauche. Er wolle sich bei seinen Gastgebern noch einmal für den Empfang, die offenen Gespräche und die angenehme Umgebung herzlich bedanken und zum Schluß den Herrn Bundeskanzler nach Jugoslawien einladen. Man müsse das nicht so anstrengend nur mit Konferenzen gestalten, sondern könne auch ein wenig Erholung damit verbinden.

Damit wolle er nicht sagen, daß er es hier während seines Besuches schwer gehabt habe. Er und seine Begleiter hätten sich sehr wohl gefühlt. Sie seien mit allem zufrieden, außer mit dem Fußballergebnis.²⁴

Bundeskanzler *Schmidt* dankt für die Einladung, der er zu gegebener Zeit gern Folge leisten werde.²⁵

Er erklärt sich mit der gemeinsamen Verabschiedung des Kommuniqués einverstanden vorbehaltlich einer nochmaligen sprachlichen Überarbeitung und Vergleichung der Texte, die aber an der Substanz nichts mehr ändern würde.

Referat 214, Bd. 116708

191

Botschafter Krapf, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-12681/74 geheim
Fernschreiben Nr. 935
Citissime

Aufgabe: 26. Juni 1974, 19.00 Uhr¹
Ankunft: 27. Juni 1974, 16.25 Uhr

Betr.: Sitzung des NATO-Rats mit Staats- und Regierungschefs

I. 1) Zur Konsultation über die bevorstehende Reise Präsident Nixons in die Sowjetunion² und zur Unterzeichnung der am 19. Juni in Ottawa³ verabschiedeten „Atlantischen Erklärung“ fand am 26. Juni in Brüssel eine Sitzung des NATO-Rats mit Staats- und Regierungschefs statt. Kanada und Island waren durch hohe Regierungsvertreter vertreten.

Übereinstimmend wurde die Erklärung von Ottawa als ein Beweis der fortwährenden Vitalität des Bündnisses begrüßt. Als Kernstücke der Erklärung wurden die Abschnitte über die Konsultation⁴, die Bündnissolidarität⁵, den Zu-

²⁴ Zum Spiel der Bundesrepublik gegen Jugoslawien im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft am 26. Juni 1974 in Düsseldorf vgl. Dok. 186, Anm. 18.

²⁵ Der Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Jugoslawien fand am 27./28. Mai 1977 statt.

¹ Hat Ministerialdirigent Simon vorgelegen.

² Präsident Nixon hielt sich vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 197, Dok. 199 und Dok. 200.

³ Zur NATO-Ministerratstagung am 18./19. Juni 1974 vgl. Dok. 183.

⁴ Vgl. dazu Ziffer 11 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen; Dok. 183, Anm. 11.

⁵ Vgl. dazu Ziffer 3 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen; Dok. 183, Anm. 6.

sammenhang zwischen Sicherheit und Entspannung⁶ sowie über Demokratie und Menschenrechte⁷ als Grundlage des Bündnisses hervorgehoben. Alle Delegationen ergriffen das Wort.

Präsident Nixon bezeichnete das Bündnis als die Grundlage der amerikanischen Außenpolitik, bekräftigte nachdrücklich die amerikanische Verpflichtung, Europa zu verteidigen und die notwendigen amerikanischen Streitkräfte in Europa zu unterhalten, sofern die anderen Verbündeten entsprechende Anstrengungen unternehmen. Er schloß einseitige amerikanische Streitkräfteverminderungen aus und unterstrich, daß Entspannungspolitik zwar notwendig sei, jedoch nüchtern und ohne Illusionen betrieben werden müsse.

Bundeskanzler Schmidt wies eindringlich auf die Gefahren hin, die jedem einzelnen Bündnispartner und damit dem Bündniszusammenhalt aus den bislang unbewältigten und sich zusehends verschärfenden Problemen im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich drohten. Sofortige Maßnahmen aller Bündnispartner seien unerlässlich.

Premierminister Chirac erklärte, daß Frankreich seine Verpflichtungen aus dem Washingtoner Vertrag⁸ peinlich genau erfüllen werde und daß die fortlaufende Verstärkung des französischen Verteidigungspotentials die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses ungeachtet der Nicht-Integration Frankreichs in die militärische Organisation⁹ verstärke. Das Bündnis bleibe ein essentielles Element der französischen Sicherheit.

Die Komplexe KSZE und MBFR wurden im einzelnen von Ministerpräsident Rumor sowie von den Ministerpräsidenten der Benelux-Staaten angesprochen.

⁶ Vgl. dazu Ziffer 8 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen: „In this connection the member states of the Alliance affirm that as the ultimate purpose of any defence policy is to deny to a potential adversary the objectives he seeks to attain through an armed conflict, all necessary forces would be used for this purpose. Therefore, while reaffirming that a major aim of their policies is to seek agreements that will reduce the risk of war, they also state that such agreements will not limit their freedom to use all forces at their disposal for the common defence in case of attack. Indeed, they are convinced that their determination to do so continues to be the best assurance that war in all its forms will be prevented.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs, S. 319. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 340.

⁷ Vgl. dazu Ziffer 12 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen: „They recall that they have proclaimed their dedication to the principles of democracy, respect for human rights, justice and social progress, which are the fruits of their shared spiritual heritage and they declare their intention to develop and deepen the application of these principles in their countries. Since these principles, by their very nature, forbid any recourse to methods incompatible with the promotion of world peace, they reaffirm that the efforts which they make to preserve their independence, to maintain their security and to improve the living standards of their peoples exclude all forms of aggression against anyone, are not directed against any other country, and are designed to bring about the general improvement of international relations. In Europe, their objective continues to be the pursuit of understanding and cooperation with every European country. In the world at large, each Allied country recognizes the duty to help the developing countries. It is in the interest of all that every country benefit from technical and economic progress in an open and equitable world system.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs, S. 320f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 341.

⁸ Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

⁹ Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

2) Im einzelnen

Im Mittelpunkt der Erörterung stand die Erklärung von Präsident Nixon. Er unterstrich die Rolle, die das Bündnis seit 25 Jahren für die Aufrechterhaltung des Friedens gespielt habe. Das Nachlassen der Spannungen in den letzten zehn Jahren habe die Gefahr der Schwächung und die Befürchtung mit sich gebracht, daß das Bündnis die Entspannung nicht überleben werde. Der Umstand, daß die Spannung seit Bestehen des Bündnisses noch nie so gering gewesen sei wie gegenwärtig, und die Tatsache, daß die Bündnispartner die Erklärung von Ottawa unterzeichnen könnten, zeige, daß das Bündnis überlebt habe und vital sei. Die Erklärung stelle die Grundlage für die nächsten 25 Jahre des Bündniszusammenhaltes dar.

Das Bündnis sichere die gemeinsame Verteidigung. Dies sei jedoch durch den grundlegenden Wandel in den strategischen Verhältnissen ihrerseits einer Wandlung unterworfen. Der Westen sei nicht mehr länger im Besitz der nuklearen Übermacht. Die Vereinigten Staaten hätten daher begonnen, sich vorwiegend im Bereich der nuklearen Verteidigung, aber auch der konventionellen Verteidigung der gewandelten Situation anzupassen. Diese letzte Aufgabe obliege auch allen anderen Verbündeten. Die Vereinigten Staaten dächten nicht daran, ihre Streitkräfte einseitig zu verringern, da unilaterale Reduzierungen verhängnisvolle Folgen für alle haben müßten. Eine starke Verteidigung sei die Grundlage für jede Entspannungspolitik. Ein Nachlassen der Verteidigungsfähigkeit könne anderen nur einen Anreiz geben, solche Schwächen auszunutzen.

Die Erklärung von Ottawa bedeute einen neuen Abschnitt in einem anderen vitalen Gebiet: Die Konsultationen im Bündnis seien der Zement, der die Verbündeten zusammenhalte. Konsultation sei ein Zeichen des Geistes der Zusammenarbeit. Kein Verbündeter solle Schritte, die die Interessen eines anderen Verbündeten berühren könnten, unternehmen, ohne hierüber vorher konsultiert zu haben. Es sei richtig, daß die Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag im legalen Sinn durch seinen geographischen Anwendungsbereich¹⁰ begrenzt seien. Es sei aber genauso wahr, daß das Bündnis und die Verbündeten durch Entwicklungen außerhalb dieses Bereiches berührt würden. Die Vereinigten Staaten seien zu eingehenden Konsultationen in allen Fragen entschlossen, die das Bündnis berühren könnten. Die Konsultation müsse durch eine Zusammenarbeit auch im wirtschaftlichen Bereich ergänzt werden. Dieses diene dem Vorteil nicht nur aller Verbündeten, sondern auch der Entwicklungsländer.

Diesem NATO-Gipfeltreffen käme besondere Bedeutung zu, da es am Vorabend seiner Zusammenkunft mit Breschnew stattfinde. Er habe keine der führenden sowjetischen Persönlichkeiten je darüber in Zweifel gelassen, daß das Atlantische Bündnis für die Vereinigten Staaten die Grundlage darstelle, auf welcher allein die amerikanische Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion beruhen könne. Für ihn sei der Zusammenhalt des Westens die einzige Möglichkeit, tragbare Beziehungen mit dem Osten zu entwickeln. Die sowjetischen Politiker seien persönlich in der Entspannungspolitik engagiert. Sie hätten in der jüngsten Vergangenheit im Fernen wie im Mittleren Osten und in

¹⁰ Vgl. dazu Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; Dok. 60, Anm. 2.

Europa Zurückhaltung gezeigt. Sollten sie durch ein Scheitern der Entspannungspolitik zu einer Änderung ihrer Politik genötigt werden, sei es für die sowjetischen Politiker kaum möglich, bald wieder zu einer Entspannungspolitik zurückzukehren. Das sich langsam entwickelnde System der Entspannung biete Ansätze für eine Reihe von Entwicklungen und baue allmählich ein Netz wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf, welches auch die Sowjetunion nicht ohne wesentlichen Schaden für sich zerstören könnte. Bei seinen bevorstehenden Gesprächen in Moskau werde er keine falschen Hoffnungen hegen. Er werde die Einheit des Westens vertreten und werde versuchen, sowjetische Interessen zum gegenseitigen Nutzen einzuspannen. Die Verbündeten könnten aber sicher sein, daß die USA niemals ihre Interessen verletzen werden.

In bezug auf den Mittleren Osten betonte Präsident Nixon, daß alle Verbündeten ein Interesse daran hätten, Frieden in diesem Gebiet wie auch sonst auf der Welt aufrechtzuerhalten. Wie der Mittlere Osten gezeigt habe, schließe die Entspannung den Ausbruch eines Konfliktes nicht aus, sie habe aber ihren Wert für die Bewältigung einer solchen Krise bewiesen. Die Ölkrise habe gezeigt, daß die globale Interdependenz eine Tatsache sei, der man nicht entkommen könne. Alle Verbündeten müßten sich daher an dem Bemühen um Frieden und Stabilität im Mittleren Osten beteiligen. Auf Grund ihrer besonderen Lage käme den Vereinigten Staaten hierbei eine zentrale Rolle zu. Er erkenne aber durchaus an, daß die anderen Alliierten ebenfalls vitale Interessen in diesem Gebiet hätten und begrüße daher ihre Initiativen und hoffe auf Abstimmung und Zusammenarbeit mit ihnen. Es sei bemerkenswert, daß die Sowjetunion, die im Mittleren Osten andere Interessen verfolge, dem Zustandekommen der verschiedenen Waffenstillstands- und Truppenentflechtungsabkommen¹¹ keine Hindernisse in den Weg gelegt habe. Solche Hindernisse könnten sich in der Zukunft aber durchaus ergeben, wobei dann die Entspannung wiederum ihren Wert unter Beweis stellen könne.

Präsident Nixon betonte, daß sein Besuch in Brüssel die Prioritäten in der amerikanischen Außenpolitik deutlich mache. Die Verteidigung der gemeinsamen Ideale und der Freiheit verlange die ganze Hingabe aller Verbündeten. Für die Vereinigten Staaten sei das Verhältnis zu Westeuropa ein Eckstein ihrer globalen Außenpolitik, und er hoffe, daß das Verhältnis zwischen Amerika und Westeuropa Grundlage der internationalen Beziehungen sein könnte.

Bundeskanzler Schmidt griff den Hinweis Präsident Nixons auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auch im wirtschaftlichen Bereich auf und führte aus, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der einzelnen Länder gar nicht zu überschätzende Gefahren in sich bergen. Der Welthandel sei bereits zurückgegangen. Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten in den einzelnen Ländern blieben nicht ohne Folgen im internationalen Bereich. Gegenwärtig erwüchsen dem Bündnis Gefahren nicht so sehr im militärischen als

¹¹ Zur Waffenstillstandsregelung vom 11. November 1973 zwischen Israel und Ägypten vgl. Dok. 14, Anm. 4.

Zur israelisch-ägyptischen Vereinbarung vom 18. Januar 1974 über Truppenentflechtung vgl. Dok. 14, Anm. 2.

Zur israelisch-syrischen Vereinbarung vom 31. Mai 1974 über Truppenentflechtung vgl. Dok. 171, Anm. 23.

vielmehr im wirtschaftlichen, finanziellen und Währungsbereich. Zum Beispiel spielten sich auf dem Eurodollar-Markt gefährliche Geldbewegungen ab, zu deren Kontrolle die Zentralbanken noch nicht einmal einen Ansatz gemacht hätten. Inflation und die notwendig folgende Rezession stellten die größte Gefahr für die Grundlagen der Gesellschaft der westlichen Länder dar. Angesichts dieser unmittelbaren Bedrohung im wirtschaftlichen, finanziellen und Währungsbereich genüge eine Zusammenarbeit nur auf dem Gebiet der Sicherheits- und der auswärtigen Politik nicht. Alle Verbündeten und internationalen Organisationen wie OECD oder der Weltwährungsfonds müßten einschneidende Maßnahmen ergreifen. Energische und kühne Entscheidungen seien notwendig, um Lösungen für die dringendsten internationalen Probleme zu finden.

Premierminister Chirac erklärte, daß Frankreich ein vollgültiges Mitglied des Bündnisses sei und beabsichtige, die Vertragsverpflichtungen aufs genaueste einzuhalten. Die Vervollständigung des nationalen Verteidigungssystems und die Schaffung einer eigenen nuklearen Abschreckungsmacht sei in der Auffassung erfolgt, damit das Verteidigungspotential des Bündnisses zu verstärken, was durchaus nicht unvereinbar sei mit dem weiter aufrechterhaltenen Willen, außerhalb der integrierten militärischen Organisation zu bleiben. Für Frankreich sei und bleibe der Vertrag von Washington ein essentielles Element seiner Sicherheit. Wie es zwischen freien und unabhängigen Ländern natürlich sei, respektiere die gemeinsame Sicherheit die Gleichheit und die Würde aller Verbündeten ungeachtet ihrer Größe oder ihrer Verantwortlichkeit. Der gleiche Geist werde Europa auch bei dem Fortschritt leiten, den es zu erreichen gewillt sei. Wenn auch seit Beginn des Bündnisses die Sorgen und Befürchtungen, aus denen heraus es geboren sei, in den nachgeborenen Generationen weitgehend verschwunden seien, bleibe das Atlantische Bündnis eine Notwendigkeit für eine wirksame Verteidigung, ohne die eine echte Entspannung nicht möglich sei. Er begrüßte den Besuch von Präsident Nixon als einen Beweis für die Konsultationsbereitschaft der Vereinigten Staaten und unterstrich, daß die Entspannung, der Präsident Nixons Besuch in Moskau diene, ein langwieriger, komplexer und anfälliger Prozeß sei. Hier kämen Frankreich und Europa besondere Verantwortungen zu.

Der portugiesische Premierminister da Palma Carlos unterstrich, daß die neue portugiesische Regierung¹² voll die Entspannungsbemühungen des Bündnisses unterstütze, und erwähnte in diesem Zusammenhang die inzwischen erfolgte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Portugal und der Sowjetunion, Rumänien und der DDR.¹³

In einer Schlußbemerkung unterstrich Präsident Nixon seine volle Übereinstimmung mit den Ausführungen von Bundeskanzler Schmidt. Wenn von Wirtschaftspolitik gesprochen werde, möchte er das Energieproblem und andere damit verbundene Fragen mit einbeziehen. Auch er sei der Auffassung, daß Schutz und Sicherheit als Zweck und Sinn des Bündnisses nicht ausreichten.

¹² Zum Regierungsumsturz in Portugal am 25. April 1974 vgl. Dok. 136.

¹³ Portugal nahm am 1. Juni mit Rumänien, am 9. Juni mit der UdSSR und am 19. Juni 1974 mit der DDR diplomatische Beziehungen auf.

Er halte den Wettbewerb auch im Bereich des internationalen Handels für gut. Darüber hinaus gäbe es aber gemeinsame Interessen, die außergewöhnliche gemeinsame Bemühungen um Zusammenarbeit anstelle der Interessenkonfrontation erforderten. Ein solches Bemühen um Zusammenarbeit werde allen zugute kommen, während Konfrontation im wirtschaftlichen Bereich die Unterstützung des Atlantischen Bündnisses durch die öffentliche Meinung auch im Sicherheitsbereich schwächen müsse.

Zur Frage des Charakters der Entspannung bemerkte Präsident Nixon, daß die Führer der beiden kommunistischen Weltmächte Sowjetunion und China ihre Ziele und Ideen nicht geändert hätten. Ihre eigenen Interessen hätten sie zur Entspannungspolitik und zu Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten bewogen. Es sei nun am Westen, das Interesse dieser Führungsschicht auch in den Bereichen der nuklearen Waffen, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und anderen zu wecken. Es entwickle sich unabwendbar eine Tendenz zur Zusammenarbeit, die auch ohne Rücksicht auf einzelne Persönlichkeiten sich fortsetzen werde.

Es sei ganz sicher, daß die Sowjetunion in Verhandlungen wie SALT, MBFR, Test Ban und KSZE sich von ihren eigenen vitalen Interessen leiten ließe. In gleicher Weise müßten die Vereinigten Staaten und die NATO-Verbündeten klar und deutlich ihre Interessen vertreten.

Obwohl Hoffnungen auf eine weitere günstige Entwicklung nicht unberechtigt seien, stellten doch gerade sie eine der größten Gefahren für das Bündnis dar. Es sei schwierig, die notwendige Unterstützung der öffentlichen Meinung für das Bündnis aufrechtzuerhalten. Sicher sei aber, daß die kommunistischen Kräfte und ihre Anhänger auch in den westlichen Ländern in gleicher Weise an Einfluß zunähmen, wie die Entspannung sich weiter entwickle. Der Westen müsse sich darüber klar sein, daß in der Entspannung eine große Hoffnung, aber auch eine große potentielle Gefahr für die westlichen Gesellschaften läge.

II. KSZE/MBFR

Ministerpräsident den Uyl bekräftigte das niederländische Interesse an Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen und sprach die Hoffnung aus, daß Präsident Nixon Fortschritte in den Verhandlungen über ein weiteres SALT-Abkommen und einen allgemeinen Test-Ban-Vertrag erreichen könne. Das Wettrüsten müsse unterbunden und jegliche nukleare Testexplosionen müßten verboten werden. Er hoffe, daß taktische Nuklearwaffen im Zusammenhang der MBFR-Verhandlungen reduziert werden könnten.

In bezug auf die KSZE-Verhandlungen vertrat er die Auffassung, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten noch einen Verhandlungsspielraum besäßen. Es sei an den westlichen Ländern, Druck auf den Osten auszuüben, diesen Verhandlungsspielraum zu nutzen, und zwar besonders im Bereich des Korbes III und der vertrauensbildenden Maßnahmen. Der Westen müsse hier mehr Geduld zeigen.

Der belgische Ministerpräsident Tindemans unterstrich, daß es nun notwendig sei, sich über Niveau und Datum der dritten Phase der KSZE zu einigen. Ein Scheitern der Konferenz müsse schwerwiegende Folgen für den langwierigen

und anfälligen Prozeß der Entspannungspolitik haben. Die KSZE sei nunmehr ein Element der Außenpolitik aller Verbündeten geworden, das seine eigene Dynamik beweise. Es sei notwendig, die KSZE nicht nur der Befriedigung des sowjetischen Wunsches nach Bestätigung des Status quo dienen zu lassen, sondern darüber hinauszugehen und sie als Etappe auf einem langwährenden Weg anzusehen. Da die zweite Phase spektakuläre Ergebnisse nicht erbringen werde, sei die Abhaltung der Schlußphase auf höchstem Niveau nicht gerechtfertigt.

Die MBFR-Verhandlungen dürften nicht auf dem Weg zu einer europäischen Verteidigung Schwierigkeiten aufrichten. Er begrüße die Äußerung Präsident Nixons, daß die Vereinigten Staaten nicht einseitig Streitkräftereduzierungen vornehmen würden, und unterstrich, daß der Ausschluß unilateraler Reduktionen für alle Verbündeten gelten müsse.

Der luxemburgische Ministerpräsident Thorn erklärte, daß die zweite KSZE-Phase bislang so unbefriedigend verlaufen sei, daß eine dritte Phase nicht gerechtfertigt sei. Die Einigung über Formulierungen im Bereich der Grundsätze zwischenstaatlicher Beziehungen werde von der Sowjetunion als enorme Konzession präsentiert. Dieses könne aber bei weitem nicht genügen. Sowjetische Konzessionen im Bereich des dritten Korbes seien notwendig.

Ministerpräsident Rumor bezeichnete die Entspannungspolitik als notwendig. Sie dürfe aber nicht auf Kosten der Solidarität der Verbündeten gehen oder die Einigung Europas behindern. Der Entspannungspolitik müßten konkrete Verbesserungen im Bereich der Beziehungen zwischen den Bürgern der Staaten entsprechen, um so allmählich die Trennung Europas zu überwinden. Die KSZE müsse hierzu einen Schritt tun. Daher müßten die von beiden Seiten zu erbringenden Konzessionen wirklich ausgewogen sein.

Die MBFR-Verhandlungen müßten die bestehenden Disparitäten berücksichtigen und dürften keinesfalls zu einer Zone mit besonderem Status in Mitteleuropa führen.

III. Über die Unterzeichnung der „Atlantischen Erklärung“ erfolgt ein gesonderter Bericht.

[gez.] Krapf

VS-Bd. 9899 (200)

192

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Schenck

502-507.40

27. Juni 1974

Dem Herrn Staatssekretär¹

Betr.: Konsularverhandlungen der DDR mit dritten Staaten

Bezug: Direktorenbesprechung vom 24. Juni 1974

Anlage: 1²

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung über den Sachstand

I. Die DDR hat bald nach Inkrafttreten des Grundvertrages³ mit mehreren Staaten Verhandlungen über den Abschluß bilateraler Konsularverträge aufgenommen. Gegenwärtig führt sie solche Verhandlungen mit Großbritannien, Österreich, Italien und Finnland; sie hat zu gleichem Zweck auch Verhandlungen mit Belgien eingeleitet und mit Frankreich Fühlung aufgenommen.

Diese Bemühungen der DDR um bilaterale Konsularverträge fallen um so mehr auf, als die DDR die Möglichkeit hätte, dem Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen (WÜK)⁴ beizutreten, hiervon aber keinen Gebrauch macht. Der Grund hierfür dürfte darin liegen, daß die DDR in der Staatsangehörigkeitsfrage eine Position zu erreichen versucht, die das WÜK ihr nicht geben würde:

¹ Hat Staatssekretär Gehlhoff am 29. Juni 1974 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn Minister zur Unterrichtung vorgelegt. 2) Herrn D5. Unsere Zuständigkeit für konsularische Betreuung aller Deutschen, die dies wünschen, muß gewährt bleiben. Deshalb muß zumindest die ‚britische Lösung‘ angestrebt werden.“

Hat Bundesminister Genscher am 14. Juli 1974 vorgelegen, der den Vermerk von Gehlhoff hervorhob und handschriftlich vermerkte: „[richtig].“ Ferner vermerkte er handschriftlich: „Haben wir vor Aufnahme von Konsularverhandlungen der DDR allen in Frage kommenden Staaten unsere Auffassung übermittelt, daß WÜK ausreicht?“

Am 1. August 1974 informierte Ministerialdirektor von Schenck Genscher darüber, daß hinsichtlich der konsularischen Betreuung von Deutschen im Ausland „z.T. auch auf die hiesigen Botschaften der betroffenen Staaten entsprechend eingewirkt worden“ sei: „Hierbei wurde der Hinweis darauf in den Vordergrund gestellt, daß nach unserer Auffassung ein Beitritt der DDR zum WÜK möglich sei und den Abschluß eines bilateralen Konsularvertrages überflüssig machen würde. Es zeigte sich jedoch, daß dieses Argument die meisten Staaten – nämlich Österreich, Finnland, Italien und Belgien – nicht davon abhielt, dem Drängen der DDR nachzugeben und bilaterale Konsularverhandlungen mit ihr aufzunehmen. Nur Frankreich und die USA haben sich bisher noch nicht auf Verhandlungen über den Abschluß eines bilateralen Konsularvertrages mit der DDR eingelassen und tragen dabei unserem Hinweis auf das WÜK Rechnung. Die anderen genannten Staaten aber meinen ihre Interessen an der konsularischen Betreuung ihrer eigenen Staatsangehörigen gegenüber der DDR angesichts der Tatsache, daß die DDR dem WÜK nicht beigetreten ist und offenbar nicht beitreten will, nur durch den Abschluß bilateraler Konsularverträge hinreichend wahren zu können.“ Vgl. Referat 502, Bd. 159898.

² Dem Vorgang nicht beigelegt. Vgl. Anm. 13.

³ Der Notenwechsel zum Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 wurde am 20. Juni 1973 in Bonn vollzogen. Der Vertrag trat am 21. Juni 1973 in Kraft.

⁴ Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1585–1703.

1) Das WÜK beschränkt sich darauf, die konsularischen Funktionen auf „nationals, both individual and bodies corporate, of the sending state within the limits permitted by the international law“ zu beziehen (so Artikel 5a⁵ und entsprechend die weiteren Absätze dieses den Katalog der konsularischen Aufgaben enthaltenden Artikels). Nach welchen Kriterien eine Person als „national“, (in der amtlichen deutschen Übersetzung „Angehöriger“) eines bestimmten Entsendestaates anzusehen ist, bleibt offen. Das WÜK begnügt sich mit einem allgemein gehaltenen Hinweis auf die vom Völkerrecht gezogenen Grenzen.

2) Die DDR versucht demgegenüber, bei ihren bilateralen Konsularverhandlungen eine vertragliche Bestimmung des Inhalts zu erreichen, daß als ihre Angehörigen alle Personen anzusehen seien, die nach der Gesetzgebung der DDR⁶ deren Staatsbürgerschaft hätten. Damit soll offenbar eine vertragliche Bindung des Empfangsstaates dahin erreicht werden, daß den Auslandsvertretungen der DDR eine ausschließliche Zuständigkeit für die durch diese Begriffsbestimmung erfaßten Personen zustehe.

Eine solche vertragliche Bindung des Empfangsstaates würde mit der Zuständigkeit kollidieren, die wir nach Artikel 116 GG⁷ für die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland zur konsularischen Betreuung aller Deutschen, die sich zu diesem Zweck an unsere Auslandsvertretungen wenden, haben und aufrechterhalten müssen. Wir bestreiten der DDR nicht, daß sie ihrerseits alle Personen konsularisch betreuen kann, die sie als ihre Bürger ansieht und die sich zu dieser Staatsbürgerschaft bekennen. Wir müssen aber schon aus verfassungsrechtlichen Gründen an unserer – mindestens subsidiären⁸ – Zuständigkeit auch für alle in der DDR lebenden und von ihr als „Staatsbürger“ in Anspruch genommenen Deutschen im Sinne des Artikels 116 GG festhalten. Deshalb würden wir es nicht hinnehmen können, daß uns diese Zuständigkeit künftig von einem Empfangsstaat unter Berufung auf vertragliche Bindungen bestritten wird, die er der DDR gegenüber – gegebenenfalls sogar mit unserer Kenntnis – eingegangen sei.

⁵ Artikel 5a des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen: „Consular functions consist in: a) protecting in the receiving State the interests of the sending State and of its nationals, both individuals and bodies corporate, within the limits permitted by international law“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1594.

⁶ Nach Paragraph 1 des Gesetzes vom 20. Februar 1967 über die Staatsbürgerschaft der DDR (Staatsbürgerschaftsgesetz) war Staatsbürger der DDR, wer „zum Zeitpunkt der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik deutscher Staatsangehöriger war, in der Deutschen Demokratischen Republik seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt hatte und die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik seitdem nicht verloren hat“. Vgl. DzD V/1, S. 603.

In Paragraph 1 des Gesetzes vom 16. Oktober 1972 zur Regelung von Fragen der Staatsbürgerschaft hieß es: „1) Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die vor dem 1. Januar 1972 unter Verletzung der Gesetze des Arbeiter- und Bauern-Staates die Deutsche Demokratische Republik verlassen und ihren Wohnsitz nicht wieder in der Deutschen Demokratischen Republik genommen haben, verlieren mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik. 2) Abkömmlinge der in Abs. 1 genannten Personen verlieren mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik, soweit sie ohne Genehmigung der staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik ihren Wohnsitz außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik haben.“ Vgl. GESETZBLATT DER DDR 1972, Teil I, S. 265.

⁷ Für Artikel 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. Dok. 48, Anm. 6.

⁸ Die Wörter „mindestens subsidiären“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

II. Angesichts dieser Bestrebungen der DDR war es notwendig, daß wir unsere Position in der Staatsangehörigkeitsfrage den Regierungen der mit der DDR verhandelnden Staaten auf diplomatischem Wege darlegten und um Berücksichtigung der gegebenen Rechtslage baten. Einzelne Staaten (Großbritannien, Frankreich, Österreich, Italien) unterrichteten uns auch von sich aus über die Entwicklung ihrer Verhandlungen mit der DDR und baten uns um Darlegung unserer Position. Die Federführung hierfür liegt formell bei Referat 210, das eng mit den Referaten 500, 502 und 510 zusammenarbeitet und von ihnen entsprechende Beiträge laufend erhält. Da die rechtliche Argumentation hierbei im Vordergrund stand, wurde die faktische Federführung im weiteren Verlauf einvernehmlich allerdings weitgehend von Referat 500 übernommen.

Der gegenwärtige Sachstand stellt sich wie folgt dar:

1) Intensive Verhandlungen sind bereits seit Anfang d.J. zwischen der DDR und Österreich im Gange. Die DDR versuchte hierbei sogar eine vertragliche Bestimmung des Inhalts zu erreichen, daß Österreich alle Personen, die nach den Gesetzen der DDR deren Staatsbürgerschaft besäßen, als Staatsangehörige der DDR betrachten und behandeln müsse.⁹ Die von der Botschaft Wien weisungsgemäß mit dem Leiter der Völkerrechtsabteilung des österreichischen Außenministeriums, Botschafter Nettel, geführten Gespräche und der sich daraus ergebende, weit fortgeschrittene Stand der Verhandlungen¹⁰ ließen Botschafter Schirmer und mich Ende Mai d.J. zu der übereinstimmenden Auffassung gelangen, daß der österreichischen Regierung unsere Position mit ausführlicher rechtlicher Begründung schriftlich dargelegt werden müsse, um voll verstanden zu werden. Von der Gruppe Völkerrecht wurde daher zusammen mit Unterabteilung 21 und Unterteilung 51 am 22./23. Mai 1974 ein entsprechendes Aide-mémoire ausgearbeitet, das – nach Vortrag in der von StS Dr. Frank geleiteten Direktorenbesprechung vom 24. Mai 1974 – der Botschaft Wien drahtlich übermittelt¹¹ und von Botschafter Schirmer weisungsgemäß am 24. Mai 1974 dem amtierenden Generalsekretär, Botschafter Marquet, überreicht wurde.¹²

⁹ Vgl. dazu den Entwurf der DDR für Artikel 25 eines Konsularvertrags mit Österreich; Dok. 48, Anm. 7.

¹⁰ Am 10. Mai 1974 berichtete Botschafter Schirmer, Wien, der Abteilungsleiter im österreichischen Außenministerium, Nettel, habe ihm mitgeteilt, daß der Konsularvertrag mit der DDR mit Ausnahme des Artikels über Staatsangehörigkeitsfragen paraphiert worden sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 458; Referat 210, Bd. 111636.

¹¹ Ministerialdirektor von Schenck übermittelte der Botschaft in Wien am 23. Mai 1974 den Text des Aide-mémoire. Dazu führte er aus, daß, um „die Empfindlichkeit der österreichischen Seite zu schonen“, von konkreten Forderungen abgesehen worden sei, wie die konsularische Zuständigkeit der Bundesrepublik auch für Staatsangehörige der DDR sichergestellt werden könne: „Die beste Lösung wäre eine ersatzlose Streichung der vorgesehenen Bestimmung im Artikel 25. Hilfsweise müßte in den Konsularvertrag jedenfalls eine Klausel des Inhalts eingefügt werden, daß die bestehenden vertraglichen Bindungen Österreichs unberührt bleiben, womit insbesondere das WÜK und die einschlägigen bilateralen Verträge mit uns gemeint sein würden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2109; Referat 502, Bd. 167030.

¹² Botschafter Schirmer, Wien, berichtete am 24. Mai 1974, daß der amtierende Generalsekretär des österreichischen Außenministeriums, Marquet, bei der Übergabe des Aide-mémoire „Verständnis“ für die Rechtsauffassung der Bundesrepublik geäußert habe, jedoch nicht habe Stellung nehmen wollen. Er habe lediglich mitgeteilt, „daß Artikel 25 seines Wissens noch nicht endgültig paraphiert sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 505; Referat 502, Bd. 167030.

Der Wortlaut dieses Aide-mémoire ist in Ablichtung beigelegt.¹³ Es ist in dem hiernach redigierten Wortlaut (also ohne die gestrichenen Passagen und mit den handschriftlichen Korrekturen) übermittelt worden.

In anschließenden Gesprächen wurde der Botschaft Wien von Botschafter Nettel mitgeteilt, daß die Angelegenheit daraufhin Außenminister Kirchschläger zur Entscheidung unterbreitet worden sei.

Laut DB Nr. 523 der Botschaft Wien vom 30.5.1974¹⁴ fanden die Gespräche hierüber in einem „angenehmen Gesprächsklima“ statt.¹⁵

2) Intensive Verhandlungen sind auch zwischen der DDR und Großbritannien im Gange; sie sollen im Herbst d. J. fortgesetzt werden. Die britische Seite hat unserer Botschaft London über den Verlauf dieser Verhandlungen mitgeteilt, daß Großbritannien sich zwar auf die von der DDR gewünschte Definition des in ihre Zuständigkeit fallenden Personenkreises einlassen wolle, gleichwohl aber weiterhin voll zu dem deutsch-britischen Konsularvertrag vom 30.7.1956 stehen werde, der die Zuständigkeit der Bundesrepublik Deutschland für alle Deut-

¹³ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Im Aide-mémoire vom 24. Mai 1974 an die österreichische Regierung wies die Bundesregierung darauf hin, daß der Abschluß des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR die Gültigkeit des Artikels 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 nicht beeinträchtigt: „Die Bundesregierung bestreitet nicht, daß die DDR auf Grund der Hoheitsgewalt, die sie auf ihrem Gebiet ausübt, auch entsprechende konsularische Zuständigkeiten im Ausland wahrnehmen kann. Dies ändert aber nichts daran, daß auch die Bundesrepublik Deutschland eine Zuständigkeit für die konsularische Betreuung aller Personen hat, die nach ihrer Rechtsordnung Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind. Angesichts dieser konkurrierenden Zuständigkeit der beiden Staaten und ihres besonderen Verhältnisses zueinander kommt dem persönlichen Willen des Betroffenen eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Eine solche Berücksichtigung der individuellen Entscheidung erlangt im Völkerrecht wachsendes Gewicht. [...] Die DDR ist daher nicht berechtigt, beim Abschluß eines Konsularvertrages mit Österreich die Aufnahme einer vertraglichen Bestimmung zu erlangen, wonach die staatsangehörigkeitsrechtliche Gesetzgebung der DDR als ausschließliches Kriterium für die Zuständigkeit zur konsularischen Betreuung des davon erfaßten Personenkreises gelten soll. Ein solches Verlangen steht mit der dargelegten besonderen Lage in Deutschland, zu der auch der Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit gehört, mit der Entwicklung des allgemeinen Völkerrechts und insbesondere auch mit den erwähnten vertraglichen Bindungen Österreichs gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im Widerspruch.“ Vgl. Referat 502, Bd. 167030.

¹⁴ Botschafter Schirmer, Wien, berichtete, daß er am 29. Mai 1974 dem Abteilungsleiter im österreichischen Außenministerium, Nettel, das Aide-mémoire der Bundesregierung vom 24. Mai 1974 mündlich erläutert habe. Nettel „faßte seine Stellungnahme zunächst lediglich in die Worte zusammen: ‚Er sei wenig erfreut.‘“ Schirmer teilte ferner mit, Nettel habe „in betonter Abweichung von den Ausführungen im Aide-mémoire“ die Berechtigung von Österreich betont, einen entsprechenden Artikel über die Staatsbürgerschaft in einen Konsularvertrag mit der DDR aufzunehmen: „Er lehnte ferner ab, dem Art. 25 eine Klausel anzufügen, die auf bestehende völkerrechtliche und vertragliche Bindungen hinweist. Die Basis des geplanten Vertrages sei ein offener Dissens mit der DDR zur Frage eines ausschließlichen Vertretungsanspruches der DDR. Nach österreichischer Auffassung könne ein ausschließlicher Vertretungsanspruch aus dem zitierten Art. 25 nicht entnommen werden. [...] Botschafter Nettel wird das Aide-mémoire seinem Minister und vermutlich dem österreichischen Kabinett vorlegen.“ Vgl. Referat 502, Bd. 167030.

¹⁵ Am 27. Juni 1974 teilte Botschafter Schirmer, Wien, die Entscheidung des österreichischen Außenministers Kirchschläger mit: „a) Die österreichische Delegation wird keine Gespräche mit der Delegation der DDR über interpretative Erklärungen zum Art. 25 betreffend Staatsbürgerschaftsfragen führen. Sie wird auch keine einseitigen interpretativen Erklärungen vor Abschluß des Vertrages der Delegation der DDR übergeben. b) Botschafter Nettel wurde angewiesen, nach Unterzeichnung des Vertrages mit meinem Vertreter über Formulierungen in der amtlichen Erläuterung der österreichischen Regierung zum Vertragswerk zu sprechen und diese mit uns abzustimmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 605; Referat 502, Bd. 167030.

schen im Sinne des Artikels 116 GG vertraglich festlegt.¹⁶ Großbritannien sehe die deutsche Staatsangehörigkeit als der Staatsbürgerschaft der DDR übergeordnet an.¹⁷ Damit dürfte die Wahrung unserer Zuständigkeit im Verhältnis zu Großbritannien gewährleistet bleiben.

3) Auch mit Italien steht die DDR in Verhandlungen.¹⁸ Die Botschaft Rom bat mit DB Nr. 862 vom 24.5.¹⁹ und DB Nr. 969 vom 11.6.1974²⁰ um die Ermächtigung, das ihr nachrichtlich zugegangene, in Wien überreichte Aide-mémoire dem italienischen Außenministerium überreichen zu dürfen. Das Aide-mémoire wurde daraufhin in eine auf Italien zugeschnittene Form gebracht²¹ und von Botschafter Meyer-Lindenberg am 14. Juni 1974 dem Generalsekretär des italienischen Außenministeriums²² überreicht. Von italienischer Seite wurde dies freundlich aufgenommen mit der Zusage, unsere Position bei den Verhandlungen berücksichtigen zu wollen. Bei den Verhandlungen mit der DDR werde jetzt eine „Denkpause“, eingelegt.²³

¹⁶ In Artikel 1 Absatz 4 Ziffer a) des Konsularvertrags vom 30. Juli 1956 zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien wurde der Begriff „Staatsangehörige“ definiert: „alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie, wenn der Zusammenhang es zuläßt, alle juristischen Personen, Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts, die im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ihren Sitz haben und nach deren Gesetzen zu Recht bestehen“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 286.

¹⁷ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sehr gut! S[iehe] mein Fragezeichen auf S. 2.“ Vgl. Anm. 8. Botschafter von Hase, London, übermittelte am 7. Juni 1974 Informationen des britischen Außenministeriums zu den Verhandlungen zwischen Großbritannien und der DDR über einen Konsularvertrag in Ost-Berlin. Danach hätten sich beide Seiten ad referendum auf einen Vertragstext geeinigt, der aber noch Gegenstand weiterer Gesprächsrunden sein werde: „Die britische Seite hat von vornherein keinen Zweifel daran gelassen, daß eine Änderung des deutsch-britischen Konsularvertrages vom 30.7.1956 nicht in Betracht käme. Entgegen der Erwartung habe die Ost-Berliner Seite hier auch nicht insistiert.“ Die britische Delegation sei sich auch „über die britische Mitverantwortung für Deutschland als Ganzes sowie der Problematik in bezug auf Ost-Berlin stets im Klaren gewesen“. Hinsichtlich der Staatsangehörigkeitsfrage hätten sich beide Seiten auf folgenden Passus geeinigt: „Als Staatsbürger im Sinne dieses Vertrages gilt [...] b) in bezug auf die DDR jede Person, die nach den Rechtsvorschriften (laws) der DDR deren Bürger ist.“ Dadurch würde Großbritannien zwar eine Staatsbürgerschaft der DDR anerkennen: „Andererseits werde der Begriff der ‚deutschen Staatsangehörigkeit‘ im Sinne des Artikels 116 GG und des deutsch-britischen Konsularvertrages in keiner Weise beeinträchtigt, da nach der britischen Vorstellung der Begriff der ‚deutschen Staatsangehörigkeit‘ dem der ‚Staatsbürgerschaft der DDR‘ übergeordnet sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1439; Referat 502, Bd. 167024.

¹⁸ Die erste Verhandlungsrunde zwischen Italien und der DDR über einen Konsularvertrag fand vom 28. Februar bis 6. März 1974 in Ost-Berlin statt.

¹⁹ Für den Drahtbericht des Botschafters Meyer-Lindenberg, Rom, vgl. Referat 502, Bd. 167026.

²⁰ Botschafter Meyer-Lindenberg, Rom, informierte darüber, daß am 10. Juni 1974 eine Delegation der DDR zur Fortsetzung der Verhandlungen über einen Konsularvertrag in Rom eingetroffen sei, und bat um Weisung, ob das Aide-mémoire der Bundesregierung vom 24. Mai 1974 an die österreichische Regierung im italienischen Außenministerium übergeben werden könne. Vgl. dazu Referat 502, Bd. 167026.

²¹ Ministerialdirektor von Schenck teilte der Botschaft in Rom am 12. Juni 1974 mit, daß von einer Überlassung des Aide-mémoire an die österreichische Regierung vom 24. Mai 1974 insofern abgesehen werden solle, „als die in diesem Zusammenhang geführten bilateralen Gespräche streng vertraulichen Charakter haben“. Statt dessen übermittelte er den Text eines den Verhandlungen zwischen Italien und der DDR angepaßten Aide-mémoire an die italienische Regierung. Vgl. den am 31. Mai 1974 konzipierten Drahterlaß Nr. 2363; Referat 502, Bd. 167026.

²² Cesare Bensi.

²³ Am 22. Juni 1974 ging die zweite Runde der Verhandlungen zwischen Italien und der DDR über einen Konsularvertrag mit der Unterzeichnung eines Protokolls zu Ende. Dazu teilte Botschafter Meyer-Lindenberg, Rom, am selben Tag mit: „In den insgesamt zwölfstägigen Verhandlungen wur-

4) Nachdem die DDR auch mit Finnland entsprechende Verhandlungen aufgenommen und die Botschaft Helsinki um Weisung hierzu gebeten hatte²⁴, wurde eine wiederum überarbeitete Fassung des Aide-mémoire²⁵ am 20.6.1974 weisungsgemäß von der Botschaft Helsinki dem Leiter der Politischen Abteilung des finnischen Außenministeriums überreicht. Nach DB Nr. 151 der Botschaft Helsinki²⁶ nahm der finnische Gesprächspartner das Aide-mémoire mit Dank und Interesse entgegen, ohne sich zu den anderen behandelten Rechtsfragen bereits zu äußern.

5) Mit Frankreich hat die DDR offenbar bisher noch keine Verhandlungen aufgenommen. Doch erkundigte sich Gesandter Lustig (französische Botschaft) Anfang d. J. vorsorglich bei mir nach unserer Position, nachdem die DDR offenbar in Paris einen ersten Fühler ausgestreckt hatte. Herr Lustig brachte hierbei Verständnis für unsere Position und insbesondere dafür zum Ausdruck, daß die DDR durch einen Beitritt zum WÜK eine ausreichende vertragliche Grundlage für ihre konsularische Tätigkeit herstellen könne, ohne daß bilaterale Konsularverträge erforderlich wären. Die Botschaft Paris wird von uns laufend über den Stand der Verhandlungen der DDR mit anderen Staaten unterrichtet und ist angewiesen, über die weitere Entwicklung zwischen Frankreich und der DDR zu berichten.

6) Lt. DB Nr. 235 der Botschaft Brüssel vom 24.6.1974²⁷ hat die dortige Botschaft der DDR vor einigen Tagen den Entwurf eines Konsularvertrages mit Belgien dem belgischen Außenministerium übergeben. Botschafter Davignon werde am 12.7.1974 nach Ostberlin reisen und hierbei auch über dieses Thema mit der DDR sprechen. Die belgische Botschaft in Bonn habe Weisung erhal-

Fortsetzung Fußnote von Seite 854

den nach Auskunft des zuständigen Referenten im italienischen Außenministerium 54 von 55 Artikel formuliert, einige davon allerdings nur ad referendum. In der uns interessierenden Staatsangehörigkeitsfrage konnte dagegen [...] keine Einigung erzielt werden. Die von italienischer Seite vorgeschlagene Formulierung, die unseren Vorstellungen Rechnung trug [...], wurde von der DDR-Delegation als unzureichend zurückgewiesen. Daraufhin wurde die Unterzeichnung eines Protokolls vereinbart, in dem die offenen Punkte festgehalten und eine dritte Verhandlungsphase vorgesehen wurde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1030; Referat 502, Bd. 167026.

²⁴ Am 5. Juni 1974 informierte Botschafter Scheel, Helsinki, daß bereits im Dezember 1973 Verhandlungen zwischen Finnland und der DDR über einen Konsularvertrag aufgenommen worden seien. Sie seien im März 1974 in Ost-Berlin fortgesetzt worden, eine dritte Verhandlungsrunde sei vom 5. bis 7. Juni 1974 vorgesehen. Die finnische Regierung habe gegenüber der Botschaft der Bundesrepublik über diese Verhandlungen „bisher größte Diskretion“ gewahrt: „Mangelnde Unterrichtung ist zwar nicht gerade freundlich uns gegenüber, entspricht aber leider finnischer Gesamthaltung.“ Scheel regte an, daß im Hinblick auf die Haltung der DDR in der Staatsangehörigkeitsfrage der finnischen Regierung „noch einmal unmißverständlich unser Standpunkt in dieser Hinsicht deutlich gemacht werden“ solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 137; Referat 502, Bd. 167020.

²⁵ Ministerialdirektor von Schenck übermittelte der Botschaft in Helsinki am 14. Juni 1974 den Text eines Aide-mémoire über Staatsangehörigkeitsfragen. Vgl. dazu den am 12. Juni 1974 konzipierten Drahterlaß Nr. 90; Referat 502, Bd. 167020.

²⁶ Botschafter Scheel, Helsinki, berichtete, daß Gesandter Lang das Aide-mémoire dem Mitarbeiter im finnischen Außenministerium, Tuovinen, übergeben habe. Dieser habe keine Stellungnahme abgegeben, „da die Beurteilung in dieser Hinsicht eine Angelegenheit der Rechtsabteilung sei. Aus politischer Sicht könne er die Sache nur vom Praktischen sehen, nämlich, daß sich ein Angehöriger der DDR als Flüchtling an die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland um Hilfe und Unterstützung wende. Dieser Fall bereite keine Schwierigkeiten, da Finnland einen solchen Vorgang entsprechend der VN-Flüchtlingskonvention beurteilen und behandeln würde.“ Vgl. Referat 502, Bd. 167020.

²⁷ Für den Drahtbericht des Botschafters Limbourg, Brüssel, vgl. Referat 502, Bd. 167019.

ten, sich mit dem Auswärtigen Amt zwecks Konsultation über den Vertragsentwurf der DDR in Verbindung zu setzen.²⁸

7) Auch im Politischen Ausschuß der NATO ist die Angelegenheit nach vorheriger Abstimmung mit uns von britischer Seite im März 1974 zur Sprache gebracht worden mit dem Ergebnis, daß unsere Verbündeten sich bei Verhandlungen mit der DDR über Konsularverträge mit uns konsultieren werden.

III. Der gesamte Sachstand wird heute auf einer Hausbesprechung beraten werden, zu der Herr D²⁹ die Abteilung 5 eingeladen hat und bei der über die rechtliche Seite hinaus insbesondere die politischen Aspekte behandelt werden sollen.³⁰

Schenck

Referat 502, Bd. 159898

²⁸ Ministerialdirektor von Schenck teilte der Botschaft in Brüssel am 28. Juni 1974 mit, daß sich die belgische Botschaft in Bonn noch nicht wegen Konsultationen über die Verhandlungen zwischen Belgien und der DDR über einen Konsularvertrag gemeldet habe. Mit Blick auf den Besuch des Ministerpräsidenten Tindemans am 3. Juli 1974 in Bonn solle deshalb im belgischen Außenministerium der Text des bereits der italienischen Regierung am 14. Juni 1974 übermittelten Aide-mémoire übergeben werden. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2586; Referat 502, Bd. 167019.

Am 2. Juli 1974 berichtete Limbourg, seitens des belgischen Außenministeriums sei bei der Übergabe des Aide-mémoire erklärt worden, „daß für den Fall, daß die deutsche Seite gelegentlich des Besuchs von Premierminister Tindemans und Außenminister van Elsslande in Bonn morgen, den 3. d.M. die Frage anschnitten sollte, die belgische Delegation hierzu die Versicherung abgeben würde, daß Belgien erst dann mit der DDR in Verhandlungen über den vorliegenden DDR-Entwurf eintreten werde, wenn es sich, wie angekündigt, mit der Bundesregierung bilateral konsultiert hätte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 247; Referat 502, Bd. 167019.

²⁹ Günther van Well.

³⁰ In der Hausbesprechung am 27. Juni 1974 gab Ministerialdirektor von Schenck einen Überblick über den Stand der Verhandlungen der DDR mit Drittstaaten über einen Konsularvertrag. Die österreichische Botschaft habe ihn am selben Tag von der Entscheidung des österreichischen Außenministers Kirchschläger in Kenntnis gesetzt, „daß Österreich sich dem Wunsch der DDR nicht länger verschließen werde, den Konsularvertrag auf der Basis der beiderseitigen Staatsangehörigkeitsgesetzgebung abzuschließen“. Österreich wolle durch innerstaatliche Regelungen versuchen, den Rechtsstandpunkt der Bundesrepublik zu wahren: „Abteilung 2 und 5 äußerten in anschließender Besprechung, daß nach der Entscheidung des österreichischen Außenministers davon ausgegangen werden müsse, daß unsere bisherige Maximalposition nicht zu halten sei. Wir könnten nicht verhindern, daß die DDR Konsularverträge aushandele, die den Staatsangehörigkeitsbegriff der beiden Vertragsparteien zum Ausgangspunkt nehme. Van Well forderte, daß nunmehr eine wirkungsvolle Rückfallposition aufgebaut werden müßte. Wichtig sei, daß nicht ausschließlich die Rechtsposition der DDR zum Zuge komme, sondern daß unser bisheriger Stand in der konsularischen Praxis so weit wie möglich gewahrt werden könne. Mündliche Zusicherungen reichten dabei nicht aus. Man müsse diese vielmehr so weit wie möglich formalisieren. [...] Zunächst müssen wir den am günstigsten liegenden Fall Großbritannien aufgreifen und hier eine schriftliche Fixierung dessen erreichen, was uns mündlich zugesichert wurde.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178600.

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Engelhard**27. Juni 1974**

Betr.: Besprechung des Ministerbüros und des Büros Staatssekretäre am
25.6.1974

Am 25. Juni lud Herr MDg Kinkel die Mitarbeiter des MinBüros und des BStS zu einer Besprechung.

Teilnehmer: MDg Kinkel, VLR I Schönfeld, VLR Lewalter, LR I Engelhard, LR I Dohmes, LR Chrobog.

Als Zweck der Besprechung bezeichnete es Herr Kinkel, die Teilnehmer von den Eindrücken, die er und, soweit ihm dies bekannt geworden, der Herr Minister in den ersten Wochen ihrer Tätigkeit im Auswärtigen Amt¹ empfangen hätten, zu unterrichten und möglicherweise Schlußfolgerungen hieraus zu ziehen. Der Herr Minister wolle im Hause sowenig wie möglich ändern. Er habe daher das Haus bisher, so wie es das gewohnt war, weiterarbeiten lassen.

Andererseits habe natürlich auch der neue Minister eigene berechnete Vorstellungen, denen sich auch das Haus anpassen müßte, sollten Friktionen vermieden werden. Die beiden Teile, Haus und Minister, müßten „zusammenwachsen“.

Hauptpunkt der Kritik sei gegenwärtig, daß viele Vorlagen so abgefaßt seien, als ob noch der alte, mit sämtlichen außenpolitischen Problemen vertraute Außenminister im Amte sei. Es sei jedoch erforderlich, bei komplexeren Themen den neuen Minister

- knapp in die Materie einzuführen (Sachstand),
- das Problem darzustellen (Problemstand),
- Alternativen aufzuzeigen (Alternativen),
- die nach Ansicht der vorlegenden Abteilung beste Alternative vorzuschlagen (Entscheidungsvorschlag),
- diesen Vorschlag zu begründen (Begründung).

Dies alles solle möglichst knapp und präzise geschehen („gestochen“).

Bei Vorlagen lege der Herr Minister großen Wert darauf, daß alle Beteiligten in der Hierarchie des Hauses abzeichnen. Dabei wünsche und schätze es der Herr Minister, wenn jeder Beteiligte korrigiere, Ergänzungen mache, eigene Ideen in die Vorlage einbringe; kurz, von den Abzeichnenden sollten Impulse auf die Vorlage ausgehen.

Der Herr Minister schätze es auch, wenn das Haus ihm zu aktuellen Fragen aus eigener Initiative Vorlagen liefere. Herr Kinkel machte deutlich, daß der

¹ Hans-Dietrich Genscher wurde am 16. Mai 1974 zum Bundesminister des Auswärtigen ernannt. Vgl. dazu BULLETIN 1974, S. 591.

Herr Minister die Neigung habe, Persönlichkeiten in der Hierarchie zu übergehen, wenn diese ihn mehrmals enttäuscht hätten.

Reden wünsche der Herr Minister möglichst nicht mehr abändern zu müssen. Dies Problem werde jedoch gelöst sein, wenn Herr Verheugen seine Tätigkeit richtig aufgenommen habe. Es gebe einige Themen, an denen der Herr Minister ganz besonders interessiert sei. Dies seien Fragen im Zusammenhang mit

- Berlin,
- deutsche Staatsangehörigkeit,
- Verhältnis zur DDR,
- Rechtsfragen, die mit der deutschen Problematik zusammenhängen (Fall Brückmann²).

Über diese Fragen möchte der Herr Minister detailliert informiert werden.

Zum Arbeitsstil des Herrn Ministers führte Herr Kinkel aus:

Er neige dazu, zu Fragen, mit denen er konfrontiert werde, Ad-hoc-Besprechungen einzuberufen. Während der Sommerpause sei zu erwarten, daß sich der Herr Minister sehr lange (bis 22.00 Uhr) im Büro aufhalte. Grundsätzlich erwarte er – zumindest habe er es im Innenministerium so gehalten –, daß insbesondere die Herren Staatssekretäre so lange im Hause seien wie er selbst, es sei denn, daß sie anderweitige dienstliche Verpflichtungen haben.

Die Weisungen des Herrn Ministers gingen grundsätzlich über den Leitungsstab und die Herren Staatssekretäre in das Haus. Bei eiligen Sachen könne von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, dem Herrn StS ein Doppel zur Kenntnis zu geben und die Anforderung direkt ins Haus weiterzuleiten. Der Leitungsstab will sich darum bemühen, die telefonischen Anforderungen zugunsten schriftlicher Weisungen zu reduzieren.

Über Herrn Schönfeld³ dem Herrn Staatssekretär⁴ vorzulegen.

Engelhard

Referat 014, Bd. 216

² Zum Fall Brückmann vgl. Dok. 132, besonders Anm. 2 und 5.

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfeld am 1. Juli 1974 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Gehlhoff am 6. Juli 1974 vorgelegen.